

Schwerpunkt: Biosprit statt Regenwald Mit Vollgas in die falsche Richtung

'Pack den Tiger in den Tank' sollte vor einigen Jahren noch das Bild der unbandigen Stärke und Sprungkraft vermitteln, welche man sich mit dem Treibstoff einer bestimmten Mineralölgesellschaft in seinen Tank füllte. Damals hätte sich niemand vorstellen können, dass man einmal wirklich für die Spritherstellung den Tiger bedrängen oder seinen Lebensraum sprichwörtlich in den Tank packen würde. Millionen Hektar Regenwald sind gefallen, um neuen Plantagen Platz zu machen, die Palmöl auch für unsere Autos produzieren. Biosprit statt Regenwald ist also nicht ein Ausrutscher oder eine Themenverfehlung einiger Organisationen, die sich dem Walderhalt verschrieben haben - im Jahr 2007 haben sich die Biospritproduktion und ihre Folgen zum wichtigsten Thema auch von Pro REGENWALD entwickelt.

Schuld daran hat der Klimawandel. Um das Klima zu schützen und auch um eine Alternative zu knapper werdenden fossilen Treibstoffen wie Öl und Benzin zu haben, sucht die Welt aufgeregt nach dafür verwendbaren nachwachsenden Rohstoffen. Geeignet sind u.a. Raps, Zuckerrohr, Soja, Jatropha und Palmöl. Palmöl bringt die höchsten Erträge und verspricht die größten Rendite. Kein Wunder also, dass es kein Halten gab und

große Plantagen neu angelegt wurden.

Die Rechnung geht aber nicht auf. Schon während der rasanten Ausweitung der Anbauflächen kritisierten Umweltschutzorganisationen die Alternative als klimatechnisches Nullsummenspiel oder gar als Eigentor. Durch die Vernichtung der Regenwälder wird mehr Kohlendioxid frei, als durch die Verwendung von Palmöl überhaupt eingespart werden kann. Das Klima wird also nicht entlastet - es entsteht nur der Schaden am Regenwald.

Der heftige Biosprit-Flirt ist nicht nur eine zusätzliche Belastung für die Ökosphäre, er vernebelt auch den Blick für die eigentlich wichtigeren Maßnahmen zum Klima- und Ressourcenschutz: massive Verbrauchersparungen, den Umbau der gesamten Wirtschaftsstruktur auf ein Energiesparmodell und die Erziehung der Gesellschaft zur umweltverträglichen Lebensgestaltung.

Bisher setzt sich eher noch das Gegenteil durch: Energieintensiven Industrien wird das Energieverschwenden finanziell leichter gemacht, der Autoindustrie

kommt man mit milden Grenzwerten weit entgegen (dass man sich als VerbraucherIn schon fragt, welchen Sinn es macht, im Kleinen zu sparen) und die neuen Modelle am Markt übertrumpfen sich immer noch eher durch Leistungszuwachs als durch Verbrauchsoptimierung.

Die Zeit wird knapp. Während die Autoindustrie offensichtlich lernresistent mit immer leistungsstärkeren Modellen ihr altes Wirtschaftsmodell pflegt und nur zögerlich in die Entwicklung und Produktion zeitgemäßerer Fahrzeuge investiert, pusten wir weiter viel zu große Mengen Kohlendioxid in die Luft.

Die Politik versagt. Unsere Volksver-



In 6,4 Sekunden von Null auf 100 km/h. Der Q7 hat 2420 Kilo und 326 PS. Er schafft 236 km/h. Mit dem Spitzenmodell des Ingolstädter Autoherstellers Audi muß/kann jeder Fahrer ausleben, was er vom Klimaschutz hält: nämlich nichts. (siehe Seite 7)

treterInnen hetzen zwar von Klimakonferenz zu Klimakonferenz, wenn es aber darum geht klimaaushaltende Maßnahmen zu entscheiden, dann knicken sie ein und entsprechen eher den Vorstellungen der Lobbyisten, welche die Energie- oder Automobilwirtschaft vertreten.

Regenwald- und Klimaschutz haben immer noch eine zu schwache Stimme.

Inhalt

- 2 **Kein Bio:** Sprit aus Biomasse
- 3 **Profiteure:** Investoren und Industrie kapern eine grüne Vision
- 4 **Marginale Böden:** Magere Böden, fette Beute?
- 5 **Global:** Rohstoffe werden knapp
- 6 **Zertifizierung:** Fördert vor allem die Verschwendung
- 7 **Sucht:** Stoff für den nächsten Trip
- 8 **Interview:** Autoindustrie muß umlernen
- 11 **Briefe schicken:** Tempolimit statt Palmöl
- 12 **Norwegen:** Tropenholz verboten
- 14 **Plantagen-Safari:** Dem Zellstoff auf der Spur
- 15 **Memorandum:** Weniger Papier
- 16 **Tasmanien:** Gegen Kahlschlag
- 18 **Partner Arbofilia:** Unsere Antwort sind neue Bäume
- 20 **Rückblick 2007:** Aufbruch und ...
- 22 **Impressum, Interna:** Büro
- 24 **Offener Brief:** Geld zurück!

Sprit aus Biomasse: Wenig bio, aber extrem viel agro

■ Die Anbauflächen für unsere Energie der Zukunft liegen im (sub)tropischen Ausland

Holz ist der Energieträger aus Biomasse, den die Menschen wohl als ersten und auch noch am häufigsten verwenden. Die öffentliche Diskussion um unsere Energiezukunft bestimmen neuerdings aber eher die sogenannten Biotreibstoffe. Im Allgemeinen Sprachgebrauch ist häufig auch von Biosprit die Rede, wobei die Vorsilbe 'Bio-' nicht nur eine umweltschonende Herstellung suggeriert, sondern auch eine klimaschonende Verwendung des Treibstoffes. Wir wollen lieber mit einem Begriff arbeiten, der die Produktionsbedingungen treffender beschreibt und nicht beschönigt, verwenden also bevorzugt die Silbe 'Agro'.

Als Agrokraftstoffe werden solche Kraftstoffe bezeichnet, die aus nachwachsender pflanzlicher Biomasse gewonnen werden. Dabei wird zwischen **Bioethanol** aus Pflanzen wie Mais, Zuckerrohr oder Getreide und **Biodiesel** aus ölhaltigen Pflanzen wie Raps und Nüssen unterschieden. Während Biodiesel herkömmlichem Diesel beige mischt wird oder ihn ersetzen soll, ist Bioethanol der Ersatzstoff für Benzin.

Bioethanol (Ethanolspirit)

Im Jahr 2005 wurden weltweit fast 50 Milliarden Liter Ethanolspirit produziert, was etwa 2 Prozent des globalen Benzinverbrauchs entspricht. Der größte Produzent von 'Agro'ethanol sind mittlerweile die Vereinigten Staaten, die als pflanzlichen Rohstoff Mais einsetzen. 2005 wurden in den USA rund 15 Mrd. Liter Ethanol hergestellt, was eine Beimischung von 3,5 Prozent zum verbrauchten Benzin ermöglichte. Für die Ethanolproduktion mussten rund 6 Millionen Hektar Maisfelder oder 20 Prozent der 30 Millionen Hektar großen Gesamtmaisanbaufläche bereitgestellt werden. Das Ziel der US-Regierung ist es, diesen Anteil auf 30 Prozent, also etwa 9 Millionen Hektar, auszudehnen. Insgesamt produzierten amerikanische Bauern 2005 mit über 282 Millionen Tonnen rund 40 Prozent des globalen Maisaufkommens von 710 Millionen Tonnen.

Wurden im Jahr 2000 noch 15,9 Millionen Tonnen Mais für die Agrospritproduktion eingesetzt, waren es 2005 bereits über 36 Mio. Tonnen und somit etwa 13 Prozent der nationalen Jahres-

produktion. Das Ziel der USA ist es, die Bioethanolproduktion auch in den kommenden Jahren zu fördern und voranzutreiben. Da sie möglichst viel Mais für die nationale Spiritproduktion benötigen, werden sie keinen Mais mehr exportieren können.

Bis 2005 war Brasilien noch der größte Produzent und Verbraucher von Ethanolspirit, wurde mittlerweile aber von den USA abgelöst. Um sich von Erdölimporten unabhängiger zu machen, fördert die brasilianische Regierung sowohl die Herstellung als auch den Verbrauch von Ethanol. So ist in Brasilien landesweit Benzin mit bis zu 25 Prozent Ethanolbeimischung erhältlich und ein großer Teil der Fahrzeugflotte kann mit speziellen Motoren reines Ethanol verwenden. Mittlerweile hat Brasilien ehrgeizigere Ziele: es will Agrosprit für den Weltmarkt herstellen.

Im Gegensatz zu den USA produziert Brasilien Ethanol nicht aus Mais, sondern überwiegend aus Zuckerrohr. Die Anbaufläche wurde in den letzten zehn Jahren um 2 Millionen auf nun knapp 7 Millionen Hektar ausgeweitet. Etwa die Hälfte dieser Fläche dient ausschließlich der Ethanolproduktion. Nach Plänen der brasilianischen Regierung soll die Anbaufläche auf 30 Millionen Hektar erweitert werden. Zwei Drittel der bisherigen Anbaufläche befinden sich im Bundesstaat Sao Paulo.

Mit rund 420 Millionen Tonnen ist Brasilien der mit Abstand größte Zuckerproduzent weltweit - die Hälfte davon wird verspritzt, was rund 17 Mrd. Liter Ethanol ergibt. Davon werden 3,7 Mrd. Liter überwiegend in die USA exportiert und die restlichen rund 13 Mrd. Liter sind für den heimischen Gebrauch vorgesehen.

Biodiesel (Agrodiesel)

Biodiesel wird aus Pflanzenölen und (auch tierischen) Fetten gewonnen und wurde über Jahre propagiert, um eine Alternative zu Erdöl und der Abhängigkeit davon zu entwickeln. Für die Herstellung von Pflanzenöl geeignete Pflanzen sind Raps, Ölpalmen, Sonnenblumen, Leinsamen und Jatropha (Purgiernuss).

Raps beziehungsweise das daraus gewonnene Rapsöl diente in der Vergan-

genheit hauptsächlich der menschlichen Ernährung und als Rohstoff für Speisefette. Im Laufe der letzten Jahre hat sich dies drastisch verändert. Inzwischen gehen über 70 Prozent des in Deutschland produzierten Rapsöls in die Erzeugung von Kraftstoffen.

Die größten Rapsölproduzenten sind Kanada, China, Indien und die Europäische Union. Innerhalb der EU ist Deutschland mit rund 1,5 Millionen Tonnen Rapsöl im Jahr 2005 das bedeutendste Erzeugerland. Die Anbaufläche in Deutschland ist von etwa 20.000 Hektar Anfang der 80er-Jahre auf rund 1,5 Millionen Hektar angewachsen. Die Hauptanbauflächen liegen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Insgesamt werden in Deutschland rund 1,4 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche für die Produktion von Agrokraftstoffen verwendet. Dies entspricht 8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands.

Palmöl

Palmöl ist 2007 mit rund 40 Millionen Tonnen das am meisten produzierte Pflanzenöl der Welt. Während die Ölpalme ursprünglich aus Afrika stammt, sind heute Malaysia und Indonesien die größten Produzenten und Exporteure von Palmöl. Von 2006 etwa 35 Millionen Tonnen produzierten diese beiden Staaten rund 30 Millionen Tonnen. In Malaysia wachsen Ölpalmen auf über 4 Millionen Hektar und Indonesien will die derzeitige Plantagenfläche von etwa 7 auf 26 Millionen Hektar bis zum Jahr 2025 ausweiten.

Die wichtigsten Abnehmer des Palmöls sind Indien, die Europäische Union, China und Pakistan. Bisher wird Palmöl hauptsächlich für die Produktion von Lebensmitteln verwendet, dann folgt die Herstellung von Seifen, Waschmitteln und Kosmetika.

Allerdings wird die Verwendung von Palmöl als Kraftstoff immer bedeutsamer und die enormen Flächenzuwächse in Indonesien tragen der zu erwartenden Nachfrage aus Europa, Nordamerika und China nach Agrokraftstoffen Rechnung.

Investoren und Industrie kapern eine grüne Vision

■ Nachhaltig und regenerativ war immer auch eine Frage der Dimension

Solange Öl konkurrenzlos billig war, verlangte der Umstieg von fossilen auf nachwachsende Energieträger sehr viel Idealismus und Weitsicht. Wer an der Verbesserung von Holzheizungen tüftelte oder an Biogasanlagen, die aus landwirtschaftlichen Abfällen und Gülle Gas herstellen, fand kaum ein wirtschaftliches Auskommen. So wie sich heute manche Biogasanlagenbetreiber wundern, dass man selbige auch mit Gülle/Abfall betreiben könnte anstelle mit eigenem dafür angebautem Mais, hat sich auch das Profil der 'Antreiber' geändert. Inspiriert von der öffentlichen Diskussion und Besorgnis um den Klimawandel, wurde die Biosprit-Lawine letztendlich von Unternehmen losgetreten, die sich einfach gute Geschäfte versprechen - dies in Allianz mit Politikern, die den Weg für diese Geschäfte mit den richtigen politischen Entscheidungen und einem Füllhorn an Subventionen frei machen.

Mit dem 'Iron Triangle of Ethanol Production' beschreiben US-Organisationen das Geben und Nehmen in der Szene. Die Betreiber der Ethanolfabriken, Politiker und Maisproduzenten gruppieren sich wie beim Tanz ums Goldene Kalb um den Rohstoff Mais. Die Vorteilnahme aus dieser gegenseitigen Wechselbeziehung ist dabei wichtiger geworden, als das öffentliche Interesse bzw. der Klimaschutz. Die Ethanolfabriken erhalten Subventionen und durch Klimaschutzgesetze gesicherte Wachstumsmärkte. Im Gegenzug fließen beträchtliche Spenden in die Wahlkampfkassen der Abgeordneten. Die Ethanolproduktion bietet den Farmern einen garantierten Absatz, der durch Subventionen noch reizvoller gemacht wird. Das 'Iron Triangle of Ethanol Production' hat sich, so die Kritiker, derart verselbstständigt, dass die Frage, ob das Programm überhaupt einen Klimaschutzeffekt hat, nicht mehr ernsthaft diskutiert wird.

Auch wenn sie aus den beschriebenen Vorgängen gewarnt scheinen, setzen die EU - sie will bis 2020 einen Agrospritanteil von 10 Prozent erreichen - und die Bundesregierung unbeirrt auf den Einsatz von Agrarkraftstoffen. Zwar mahnte Ende Juli 2007 der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen wenigstens eine Umkehr in der Förderpolitik an. „Der vielfach verbreitete Eindruck, Biomasse könne in abseh-

barer Zeit einen großen Teil der fossilen Brennstoffe - klimafreundlich - ersetzen, ist wissenschaftlich nicht tragbar“, schrieben die Sachverständigen in einem Sondergutachten und kritisierten die bestehenden Subventionen für Agrarenergie. In später beschlossenen Gesetzen und Richtlinien wird trotzdem an Subventionen und erhöhten Beimischungszielen festgehalten, die in den Produktionsregionen wiederum maßgeblich die Ausdehnung der Anbauflächen vorantreiben.

Sie bauen auf willfährige Politiker in Ländern wie Äthiopien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Indonesien, Malaysia und Kenia, die ihre Chance wittern und den Boom verstärken helfen. Indonesien will seit Jahren Malaysia in der Palmölproduktion überflügeln und erhöhte die Anbauflächen von gut 3 Mio Hektar auf über 5 Mio im Jahr 2007. Im Jahr 2010 sollen es 17 Millionen Hektar sein - meist zu Lasten von Regenwald und gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Auch in Kolumbien räumen die Mächtigen - hier in Form offensichtlich geduldeter paramilitärischer Gruppen - auf der Suche nach Land für neue Plantagen Tausende von kolumbianischen Kleinbauern mit roher Gewalt aus dem Weg: 'Bahn frei für Biosprit!'

Abgesegnet und durch zusätzliche Geldspritzen angeheizt wird der Boom durch die Weltbank bzw. deren Tochter, die interamerikanische Entwicklungsbank (IDB). Mitte 2007 organisierte sie beispielsweise ein Darlehen über 120 Millionen US\$ für die Usina Moema Acúcar e Alcohol Ltda, ein Ethanolhersteller im Bundesstaat Sao Paulo. Kein Zufall, denn die IDB sieht in Brasilien den idealen Ort für die Agrotreibstoffexpansion, weil es dort viel Platz für neue Anbauflächen gebe - es werden Zahlen von 120 Millionen Hektar potenziell verwertbarem Ackerland genannt. Man müsse nur die ineffektiven traditionellen Bauernkulturen durch effektive industrielle Agrarplantagen ersetzen, zu deutsch: extensive Rinderweide in industrielle Mastanstalten umwandeln, wie man sie aus den USA kennt.

Industrielle Produktion ist die Zukunft. Die meisten der Agrarrohstoffe lassen sich mechanisiert ernten und weiterverarbeiten - mit möglichst wenig Beschäf-

tigten lassen sich höhere Rendite erwirtschaften. Je größer, desto mehr Subventionen bleiben erfahrungsgemäß hängen. Der ideale Spielplatz für die ganz Großen im Agrobusiness also. Und die haben sich längst kräftig in die Hände gespuckt und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Agrospritboom richtig abheben zu lassen. Ganz vorne mit dabei sind Nahrungsmittelmultis wie ADM (Archer Daniels Midland Company), Bunge, Cargill und Wilmar, die schon seit Jahrzehnten die Lebensmittelproduktion in weiten Teilen der Erde kontrollieren. Die Agroenergie eröffnet ihnen zusätzliche Märkte. Konzerne wie Monsanto, Syngenta, Bayer und BASF arbeiten daran, Agrarpflanzen zu designen, die den Anforderungen der Agrosprit-Produzenten entsprechen.

Ganz neue Allianzen bilden sich und schieben den Boom zusätzlich an: Toyota arbeitet mit dem Ölmulti BP in Kanada daran, Ethanol aus Zellulose herzustellen. BP kooperiert mit dem Biotech-Unternehmen DuPont an einem Projekt in Großbritannien, um eine neue Generation von Pflanzenkraftstoff zu entwickeln. VW hat einen Vertrag mit ADM abgeschlossen um 'sauberen' Biodiesel für die Dieselmotoren in den USA marktfähig zu machen. Royal Dutch Shell ist dabei, eine zweite Generation von Agrotreibstoffen zu entwickeln, und versucht sich an Ethanol aus Lignin und Zellulose. Und Cargill, der Agro- und Nahrungsmitteliense, hat begonnen, selbst Pflanzendiesel herzustellen.

Die größten Gewinner der Agrosprit-'Revolution' sind die Gentech-Konzerne. Während Genfood bis heute von den meisten Verbrauchern abgelehnt wird, werden sie ihre Automotoren widerspruchslos mit genmanipuliertem Agrosprit füttern. Mit Rohstoffen zur Agrarenergiegewinnung versucht die Branche hoffähig zu werden. Unter Beteiligung von BASF Plant Science experimentieren Forscher beispielsweise mit genetisch veränderten Manioksorten, um höhere Stärkeanteile zu produzieren. Die Zulassung der Gensorten wird die industrielle Maniokproduktion zur Energieerzeugung in vielen tropischen Regionen forcieren. Dem traditionellen Anbau als Grundnahrungsmittel hingegen droht die Verdrängung.

Der Traum vom Biosprit: Magere Böden, fette Beute?

■ Marginale oder unproduktive Flächen warten nicht auf ihre neue Bestimmung

Als Reaktion auf Kritik an den Biospritentwicklungsplänen werden von den Befürwortern (oder Antreibern) gerne besonders eingängige Vorteile einer Biospritzukunft herausgestellt. Die Argumente dokumentieren viel Hoffnung in eine wirtschaftlich interessante sowie klima- und umweltfreundliche Zukunft.

So gilt die energetische Nutzung von Biomasse (aus der sich alle Agrospritvarianten ableiten) noch immer als klimaneutrale und umweltfreundliche Alternative zu Kraftstoffen auf Erdölbasis. Staaten versprechen sich von der Agrotreibstoff-Produktion, ihre Abhängigkeit von Erdöl(-importen) zu senken. Zudem bietet das „grüne Gold“ der Landwirtschaft neue Einkommensquellen, was in der Tat dazu geführt hat, dass bäuerliche Betriebe sowohl in Deutschland als auch im Ausland zunehmend auf „Bioenergie“ als zusätzliches wirtschaftliches Standbein setzen. Des Weiteren werden den Ländern des Südens Export- und damit Entwicklungschancen eingeräumt.

Agro-Industrialisierung führt zu Verarmung

Doch schon bei den ersten Gehversuchen, diese hochfliegenden Pläne umzusetzen, ist es zu massiven sozialen und ökologischen Verwerfungen gekommen. Die Biomasseproduktion für Agrotreibstoffe verschärft durch die Industrialisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft schon vorhandene Probleme und Strukturen. Was im Zusammenhang mit der Futtermittelindustrie zur Solidarisierung zwischen Verbraucherorganisationen und Betroffenen in Produzentenländern geführt hat, tritt jetzt viel wuchtiger wieder auf: Vertreibung, Armut, Macht- und Kapitalkonzentration sowie massive Naturzerstörung. Millionen der ärmsten Menschen sind von der Entwicklung doppelt betroffen: erstens werden sie durch die meist im industriellen Maßstab agierenden Biomasseproduzenten aus ihren Subsistenzexistenzen vertrieben und zweitens können sich viele den Kauf der knapper (und somit teurer) werdenden Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten. Denn auf vielen Flächen wird zunehmend produziert, was auf Export-

märkten mehr Profit abwirft: Biomasse für Agrosprit.

Ungenutzte Flächen als Ausweg

Diese Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und -souveränität - darunter versteht man das 'Recht auf Nahrung', das 'Recht zu produzieren' sowie das 'Recht auf eine selbstbestimmte Landwirtschaft und Ernährung auf regionaler Ebene' - reden die 'Antreiber' mit dem Argument klein, dass für die Agrospritproduktion weltweit viele Millionen Hektar nichtgenutztes (u.a. weil wenig wertvolles) Land zur Verfügung stehen würde. Bei uns in Deutschland (bzw. in Europa) betrifft dies sogenannte Stilllegungsflächen, die zur Minderung der Agrarüberschüsse über ein Zuschußsystem aus der Produktion genommen worden waren. Weltweit sollen zudem, so die Agrosprit-Befürworter, viele Millionen Hektar 'wertloses' Land brach liegen (im englischen 'marginal' oder 'arid' lands) und regelrecht auf den Biomasseanbau warten.

'Ungenutzt' ist rar - und eine Frage der Definitionsmacht

Wie so oft, eine Frage des Blickwinkels: Marginal/arid lands bezeichnen die Strategen der Agroindustrie und einige mit ihnen am gleichen Strang ziehende Regierungsvertreter potentieller Biomasseproduktionsländer alle Ländereien, die bisher noch nicht agroindustriell durchorganisiert sind. Als ob es keine Alternativen geben würde! Denn wenn man genauer hinschaut, sind die Marginalen Flächen größtenteils alles andere als ungenutzt und wertlos. Sie sind Wirtschafts- und Lebensgrundlage für Kleinbauern, Viehzüchter und auch viele indigene Völker. Diese 'ungenutzten' Flächen sind oft seit Generationen im kollektiven Besitz örtlicher Dorfgemeinschaften, die dafür traditionelle Nutzungsrechte haben oder sie einfordern.

Ökologisch Unsinn

Frühere Nutzungsweisen dieser marginalen Ländereien und die in diesen Regionen lebenden und wirtschaftenden Menschen zu übersehen, mag ein Formfehler sein. Die Folgen, die sich aus der Umwandlung vermeintlich ungenutzter Flächen für Natur und Mensch ergeben, sind aber katastrophal - und schon durch

Beispiele in mehreren Ländern belegt. Viele der Flächen beherbergen artenreiche und sensible Ökosysteme, für die oft in Jahrhunderten eine nachhaltige Bewirtschaftung entwickelt wurde und die sich nur bedingt für agroindustrielle Produktion eignen. Sehr häufig ist Wasser knapp, oder die Bodenfruchtbarkeit lässt zu wünschen übrig. Keine Optimalbedingungen um effizient Biomasse zu erzeugen.

Sozial inakzeptabel

Gewaltsame Vertreibung ist das Schicksal mit dem sich Kleinbauern im schlimmeren Fall abfinden müssen. Doch Entschädigungszahlungen weit unter Wert und die erzwungene Abwanderung in die Slums der nächstgelegenen größeren Stadt sind ebensowenig zukunfts-trächtig und nicht akzeptable Kosten der ländlichen Entwicklung, die Menschen ja eher auf dem Land halten sollte.

In dem Papier 'The Geopolitics of Agrofuels', bezieht ein Teil der Zivilgesellschaft Lateinamerikas Stellung (06-2007, siehe www.wrm.org.uy/subjects/biofuels/Quito_Manifest.html) und nennt die Industrialisierung der Landwirtschaft als Ursache des Übels: *'Die Industrialisierung der Landwirtschaft führt zur Verdrängung der Bauernschaft aus der Landschaft, da sie ihrem Wesen nach auf ein landwirtschaftliches System ohne Bauern zusteuert. Dieses Modell hat weitreichende Folgen für die gesamte Gesellschaft. Es bedeutet die Enteignung der Ländereien im Besitz der Gemeinschaften, die Plünderung ihrer Territorien, die Konzentration und die Privatisierung von Land und Wasservorräten, den Rückgang der Artenvielfalt, die Zerstörung natürlicher Ökosysteme sowie Gewalt und eine Militarisierung, um die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen zu erzwingen.'*

Diese Marginalisierung der Gemeinschaften, die im ländlichen Raum beginnt, ist Ursache beschleunigter Verstärkung die wiederum zu einer Krise in der Energieversorgung, im Wohnungsbau, bei der Gesundheit und anderen grundlegender Dienstleistungen, bei Arbeitsplätzen und dem Zugang zu Nahrung in den Städten führt. Städtische Armut brütet Gewalt, Konflikte und die gesellschaftlichen Ärgernisse, die typisch für Großstädte im Süden sind.'

'Krieg um Rohstoffe' legt einen Zahn zu

■ Strukturelle Probleme auf der Nachfrageseite bleiben weiterhin ungelöst

Biosprit hat seine Unschuld längst verloren. Während viele noch die Hoffnung haben, Energie aus nachwachsenden Rohstoffen könne die Macht der Ölmultis und Produzentenländer brechen, haben diese sich schon die Schlüsselpositionen in der Agrospritwelt gesichert. Und während manche Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen mit Unternehmen an Roundtables (Runden Tischen) Kriterien und Regeln für eine sozial- und umweltfreundlichere Agro-Sprit-Produktion diskutieren, schaffen die Kampftruppen der 'Antreiber' schon die neue Realität. Tausendhektarweise werden Wälder und andere wertvolle Ökosysteme gefällt, abgebrannt und abgeräumt, werden Menschen vertrieben, um ihre Existenzgrundlage gebracht oder gleich ganz eliminiert, wird die industrielle Monotonie gewaltsam in den letzten Winkel unseres Planeten getragen.

Die Suche nach und die Ausbeutung von Rohstoffen ist nichts Neues. Ihre Nutzung war eine Voraussetzung für die Entwicklung von Gesellschaften und ist bis heute Schmierstoff der zivilisierten Welt. Ebenso alt ist die Geschichte der Übervorteilung der in Köpfen gemessen zahlreicheren Rohstofflieferanten durch die bevölkerungsärmeren Industriegesellschaften in Nordamerika und Europa. So nahm trotz des Reichtums an natürlichen Ressourcen und des Abbaus bzw. Handels damit die Armut in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu. Die ökologischen und sozialen Langzeitschäden sind dabei oft noch nicht einkalkuliert. Die Geschichte lehrt Eines: Hohe private Gewinne und staatliche Einnahmen haben selten armutsreduzierende Wirkung - solange Eliten der Lieferländer mit den Rohstoffaufkäufern kungeln und Einnahmen auf Privatkonten in der Schweiz oder anderswo fließen lassen.

Beschleunigung der Zerstörung

Biosprit bringt auch neue Dimensionen in den Kampf um Rohstoffe - oder um deren Anbauflächen, wie hier bei den nachwachsenden Rohstoffen. Selten zuvor hat sich eine ähnlich machtvolle Allianz mit dem Ziel zusammengefunden möglichst schnell die Oberfläche unseres Planeten in monotone Produktionswüsten umzuwandeln. Gemessen an der Geschwindigkeit, mit der für Agrosprit innerhalb von nur fünf Jahren millionenhektarweise Waldflächen in Plantagen umgewandelt wurden, erscheint die jahrzehnte dauernde Waldzerstörung durch die industrielle Holzwirtschaft eher wie ein schleichender Tod.

Sektorenübergreifende Allianz

Diese Allianz der 'Antreiber' ist breit aufgestellt mit ihren Besitzstandsverwaltern

aus Politik und Automobilindustrie, den renditefixierten Managern von Investmentfonds und Agroindustrie, den boomenden Ökonomien der Schwellenländer, sowie den Entwicklungseinsparern einiger Südländer. Ihr Run auf Biosprit ist ein Blitzkrieg gegen Natur und Mensch.

Monotonie und Entmachtung

Denn der Krieg um Rohstoffe wird nicht nur gegen die Natur geführt, sondern verstärkt auch gegen die Menschen und die sich seit Jahrtausenden entwickelten Kulturen. Wer innerhalb weniger Jahre Millionen Hektar Land auf Agrosprit-Rohstoff, sei das Zuckerrohr, Palmöl oder Jatropha, umbauen will, kann nicht auf Nebensächlichkeiten achten. Man muss die Produktionsfläche ebnen, diese ohne Unterbrechung möglichst groß anlegen, ausreichend Wasser hinpumpen oder entwässern, die Ernte und den Abtransport zu den Verarbeitungsstätten und in die Verbraucherregionen organisieren und darauf achten, dass nicht zu viele Leute beschäftigt sind, die die Rendite auffressen könnten. Idealerweise ein möglichst gleichgeschaltetes System, in dem ehemals eigenverantwortliche wirtschaftende Menschen zu ferngesteuerten Zulieferungssklaven auf Abruf degradiert werden - mit weniger regionaler Mitbestimmung und Kontrolle sowie Selbstverwirklichung. Monotonie auf den Feldern, in der Arbeit und in den Köpfen droht.

Biomasse für Mägen oder Motoren?

Für Menschen die bedeutendere neue Dimension ist eine Materialfrage: Agrosprit lässt sich praktisch aus allem herstellen, was wächst (und was Menschen essen) und ist somit einerseits direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, während die Sprither-

stellung andererseits potentiell fast alle produktiven Ökosystemtypen durch Übernutzung Schaden zufügen kann. Nie zuvor gab es diesen direkten Wettstreit zwischen einem so enorm nachgefragten Industrierohstoff und der Ernährung. Diesen Zusammenhang werden über steigende Nahrungsmittelpreise zuerst die Armen spüren, die weniger Kaufkraft haben als Autofahrer in den Industrieländern. Denn der Markt wird bevorzugt Tanks füllen anstelle armer Leute Mägen, denen man zu allem Unglück bei der Einrichtung der Plantagen auch noch die Möglichkeit zur Subsistenzwirtschaft genommen hat.

Agrosprit ist Ersatzdroge

Biosprit, als wichtigste 'klimaschonende' Alternative zum schädlichen Erdöl vermarktet, trägt nicht zur Entspannung der globalen Rohstoffproblematik bei. Im Gegenteil, dies **verstellt den Blick auf die wichtigste Maßnahme für das Überleben: den radikalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft auf ein Energie- und Ressourcenparmodell.**

Agrosprit kann Öl nicht ersetzen

Treibstoffe auf Basis von Agrarprodukten haben (noch) eine positive Konnotation: Sie helfen das böse Erdölzeitalter überkommen. Sie vermitteln ein Gefühl der Selbstversorgung (auch wenn sie aus den entferntesten Winkel der Erde hergekartt werden müssen) und sie 'versprechen' Energiekonsum ohne sich über den Klimawandel Gedanken machen zu müssen. Gegen diese Aussichten zu argumentieren ist schwer, zumal die Allianz der 'Antreiber' geschickt die Vorteile vermarktet um ja von den Nachteilen der Biospritstrategie abzulenken, wie von der Begrenztheit der Ökosphäre und insbesondere davon, welcher einzigartiger Stoff unsere Motoren bisher antreibt: Erdöl ist das Konzentrat jahrtausendlanger längst abgeschlossener Wachstumsprozesse und über lange Zeiträume eingelagerte Überschussproduktion.

Wer maßt sich an, diese Leistung heute zur Deckung unseres zu hohen Energiebedarfs laufend der Natur abzuwickeln?

Zertifizierung: Leitplanke für Verschwendungspfad

■ Erfahrung mit Holzzertifizierung lehrt: Viel Greenwashing, aber keine Lösung

Überall wo in der Herstellung oder Gewinnung eines Produktes Missbrauch, Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung nachgewiesen wurden, wird der Ruf nach einem Nachhaltigkeits- bzw. Gütesiegel laut. Der Anreiz, sein Produkt durch ein Zertifikat oder noch wirkungsvoller - ein Ökosiegel besser zu stellen oder wenigstens drohender Kritik zuvor zu kommen, verleitet manche Hersteller sogar dazu, eigene Siegel zu erfinden. Mittlerweile gibt es eine Flut an Siegeln für Nahrungsmittel, Blumen, Fisch, Strom, Holz, Soja - und nun sollen auch Agrotreibstoffe ein solches Siegel erhalten.

Um sich der Nachhaltigkeit von Agrotreibstoffen anzunähern, riefen Ende 2006 die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne und Claude Martin, der frühere Generalsekretär des WWF, den Roundtable on Sustainable Biofuels (RSB oder Runder Tisch Nachhaltige Biokraftstoffe) ins Leben. Diese Runde aus Wissenschaftlern, VertreterInnen aus Umweltorganisationen, Kleinbauernverbänden, der Automobilbranche, von Ölkonzernen und Plantagenbesitzern hat es sich zum Ziel gesetzt, eine global und von allen Betroffenen akzeptierte Definition nachhaltiger Biotreibstoffe zu erarbeiten. Im Laufe des Jahres 2008 sollen sogenannte Prinzipien und ein entsprechender Kriterienkatalog vorgelegt werden,

der eine Nachhaltigkeitsbeurteilung verschiedener Agrotreibstoffe ermöglichen soll. Die inhaltliche Diskussion zu den Themen Treibhausgasbilanz, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Auswirkungen und Umsetzung in der Praxis treiben vier Arbeitsgruppen voran. Ein eigenes Zertifizierungssystem scheint nicht angestrebt zu werden, die Ergebnisse sollen in andere Prozesse eingespeist werden.

Nach dem Motto 'je größer die Sauerei, desto wichtiger ein Zertifikat' hat sich zum Palmöl beizeiten ein anderer Runder Tisch etabliert: der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO oder Runder Tisch Nachhaltiges Palmöl). Schon bevor sich der ganz große Agrospritboom abzeichnete, haben sich Indonesien und Malaysia einen Wettlauf um den Spitzenplatz als global größter Palmölproduzent geliefert - und dafür Millionen Hektar Regenwald über mehrere Jahre lang zerstört und abgebrannt. Palmöl wurde vor allen Dingen als Speiseöl und -fett, sowie in der Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie eingesetzt. Weil die Produktionsumstände nicht mehr zu verheimlichen waren und Palmöl als 'nachhaltiger' Energieträger für die Industrieländer hoffähig gemacht werden musste, führte kein Weg an einem Siegel vorbei. Der RSPO ist industriedominant, einige Groß-NGOs nicken für gefälliges Entgegenkommen auf

Projektebene eigentlich umwelt- und sozialunverträgliche Plantagen als nachhaltig durch und die wenigen am Prozess beteiligten Basisorganisationen mit Anbindung an Menschen in der Region hoffen von der Dynamik, in die sie sich mangels Masse kaum einbringen können, nicht überrollt zu werden. Im Oktober 2007 hat der RSPO auf über 50 Seiten Kriterien und Prinzipien für nachhaltiges Palmöl veröffentlicht. Der Praxistest steht noch aus, Kritiker fürchten, dass sich die beteiligten Unternehmen an keine der Verpflichtungen halten werden und Palmöl weiterhin zur Regenwaldzerstörung beitragen wird.

Denn so schön sich diese Kriterien und Empfehlungen des RSPO und später die des RSB lesen (werden), müssen diese in der Produktion auch Anwendung finden. Die Erfahrungen mit Holzzertifikaten lassen uns daran zweifeln, dass sich Probleme wie Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen bei der Anlage neuer Plantagen, Biodiversitätsverlust, Vertreibungen indigener und lokaler Bevölkerungsgruppen von ihrem traditionellen Land, der umwelt- und gesundheitsschädliche Einsatz von Pestiziden und die jeglicher Würde spotenden Arbeitsbedingungen in den Plantagen mittels freiwilligen Nachhaltigkeitsiegeln ohne jede Sanktionsmöglichkeit lösen lassen.

Kritik: daran scheitert die Zertifizierung

* Nachhaltigkeitszertifizierung öffnet die Tür für Trittbrettfahrer. Nach Einführung der Holzzertifizierung dachten viele Verbraucher, die Tropenholzproblematik wäre gelöst und haben guten Gewissens auch nicht zertifizierte Produkte gekauft.

* Glaubwürdigkeit braucht auch Sanktionsmöglichkeit. Die Erfahrungen mit Siegeln wie dem Holzzertifikat FSC zeigen zudem, dass ein solches System durch unabhängige Zertifizierer nicht nur absolut glaubwürdig geprüft sein, sondern darüber hinaus auch einen ernstzunehmenden Sanktionsmechanismus haben muss. Insider sehen den FSC wegen dieser beider Mängel scheitern und auch der RSPO verfügt über kein System, durch

das die weitere verantwortungslose Zerstörung der Wälder oder die Verletzung von Menschenrechten bestraft würden.

* Zertifizierung ist Teil eines weltweiten Industrialisierungsprozesses und führt zur Entmündigung. Zertifizierungssysteme müssen sich auf ein überschaubares Spektrum an Kriterien beschränken - und können keinesfalls alle beispielsweise für die soziale und kulturelle Entwicklung wichtigen Aspekte betroffener Menschen berücksichtigen. Das kann dazu führen, dass Menschen einer Region im Kompromiss zur Ausrichtung ihrer Produktionsmittel auf Palmöl mit allen Konsequenzen 'gezwungen' werden und Nachteile dafür in Kauf zu nehmen haben, dass anderswo 'stakeholders' Zugang zu Agroenergie haben.

* Zertifizierung garantiert im Schadensfall keine Wiedergutmachung. Wenn ein Unternehmen Zertifizierungsaufgaben nicht einhält und beispielsweise schützenswerten Wald trotzdem zerstört, ist der Schaden nicht wieder zu beheben. Im schlimmsten Fall verliert das Unternehmen das Zertifikat für die betreffende Operation.

* Zertifizierung akzeptiert auch Indiskutables, wie Pestizide und GMOs. Nach den Kriterien des RSPO ist in den Plantagen der Einsatz von Pestiziden und Chemikalien erlaubt. Obwohl die verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen des Pestizideinsatzes auf die PlantagenarbeiterInnen über Jahre hinweg dokumentiert ist, wird ihr Einsatz weiterhin gestattet und sogar noch mit einem Gütesiegel versehen.

Agrosprit - neuer Stoff für den nächsten Trip

■ Die automobile Gesellschaft pflegt ihre Sucht ohne Rücksicht auf Verluste

„Die Beschleunigung ist fast surreal, denn das böse dreinschauende Dickschiff wuchtet sich in nur 6,4 Sekunden von null auf 100 km/h. Weil der Q7 aber mit der Stirnfläche eines Barockschlosses durch die Länder zieht, geht selbst dem Power-TDI bei 236 km/h die Luft aus“, schreibt Georg Kacher Mitte des Jahres in der Süddeutschen Zeitung über die „neueste Ausgabe des Audi-Wuchtrammers“, ein Fahrzeug mit 2420 Kilo und 326 PS. Was dem Einen sein Traum ist - pro Jahr sollen 4000 Kunden das Gefährt kaufen und fahren - ist dem Anderen die Ursache für Alpträume. Um die Highend-Träume und die Vision von der grenzenlosen Leistung und Fahrfreude angesichts des Gebots, den Einsatz fossiler Brennstoffe einzuschränken, nicht wie ein Kartenhaus zusammenbrechen zu lassen, setzt die Autoindustrie in den Zeiten der zu Ende gehenden Ölvorräte und des Klimawandels auf Biosprit. Die Folgen sind verheerend.

Im Vergleich zum Vorjahr kletterte im Jahr 2006 der weltweite Verbrauch von Bio- oder Agrosprit aus Mais, Soja und Raps um 28 Prozent auf insgesamt 44 Milliarden Liter. Die Produktion von aus Pflanzen gewonnenem Dieselmotortreibstoff stieg um 80 Prozent, die von Ethanol um 22 Prozent. Der Verbrauch an fossilen Treibstoffen nimmt trotz der Biowelle nicht ab, der Nachholbedarf in unterentwickelten Ländern sowie der Trend zu immer leistungsstärkeren Motoren kompensieren die vermeintliche Verbesserung.

Während uns diese neue Energieform aus nachwachsenden Rohstoffen als klimaschonende und als einkommensschaffende Maßnahme in ländlichen Regionen insbesondere der südlichen Länder verkauft wird, ist die 'Ära der Biotreibstoffe' zuallererst eine Greenwash-Operation, die in jeder Hinsicht business-as-usual (siehe Autoindu-

strie) ermöglichen und keinesfalls Wirtschaftsstrukturen ändern soll.

Darüberhinaus erhoffen sich Investoren sowie in der Herstellung und am Handel beteiligte Unternehmen ein Riesengeschäft, welches politisch flankiert und aus Klimaschutzmitteln üppig finanziert wird und die bisherige Ausbeutung von Mensch und Natur in der Dritten Welt zu unserem Vorteil bei weitem übertreffen wird.

Angesichts des derzeitigen Bioenergie-Rummels neigen manche zu falschen Schlüssen: Die Nutzung regenerativer Energieträger ist keine Erfindung der letzten zwei Jahre. Ihre Geschichte dürfte mit der Feuerbeherrschung vor rund 1,5 Millionen Jahren begonnen haben. Und selbst der modern anmutende Biosprit ist so alt wie das Automobil selbst: Rudolf Diesel hat auf der Weltausstellung 1900 in Paris seinen Motor mit Erdnuss-Öl vorgeführt und Henry

Ford baute seine Autos auch für Alkoholtreibstoff, das legendäre erste auf dem Fließband produzierte Modell T war mit einem Flexfuel Motor ausgestattet, welcher sowohl mit Alkohol als auch Benzin betrieben werden konnte. In den folgenden Jahrzehnten hatten Agrofuels ihre Auf und Abs, ganz nach der Interessenslage der Industrie oder diverser Regierungen in Kriegssituationen.

Die Situation änderte sich mit den Ölkrisen 1973 und 1979: plötzlich beherrschte die Endlichkeit der fossilen Treibstoffe die öffentliche Diskussion und Alternativen mussten her. Insbesondere Brasilien und die USA starteten in den Folgejahren Ethanol-Programme, die Teile der fossilen Energieträger ersetzen sollten. Brasilien setzte auf Zuckerrohr, während die USA Mais und Soja im Überfluss hatten und über die Verflüssigung zu Treibstoff den darben Farmern einen neuen Absatzmarkt schafften - keiner hatte damals daran gedacht, dass Agrofuels gut gegen den Klimawandel sein könnten.

Mittlerweile ist der Klimawandel real, die drohenden Auswirkungen erzwingen politischen Aktionismus und die Investmentströme werden schon entsprechend umgelenkt. 'Bio'sprit heisst das Wundermittel. Gut als Ausrede für Politiker, die eine längst überfällige und radikale Umgestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft nicht angehen wollen, aber unter Handlungsdruck stehen. Ein Riesengeschäft für Investoren, die sich heute noch billig in südliche Länder und eine sich entwickelnde neue Industrie einzukaufen glauben können und schon Klimaschutz-Subventionen in Milliardenhöhe auf ihrer Habenseite verbuchen. Eine Gelegenheit für die Mineralölkonzerne, die Claims für das Zeitalter nach dem Erdöl abzustecken und bis dahin mit dem Investment in einen 'grünen' Wirtschaftszweig Klimaschutz zu heucheln (derweil sie weiterhin ungebremst Erdöl und Erdgas aus fossilen Lagerstätten pumpen). Und zu guter Letzt natürlich Frischblut für den agroindustriellen Komplex, in dem die Saatgut-, Chemie-, Gentech- und Handelsunternehmen wie ADM, Bayer, BASF, Bunge, Cargill, Monsanto und andere eine goldene Zukunft wittern.

* Das System dient Interessen der Industrie, die die Definitionsmacht hat. Die Legitimität eines Zertifikates hängt wesentlich davon ab, ob es von allen relevanten Stakeholdern auf Augenhöhe mitentwickelt und -getragen wird. Hierzu zählen nicht nur Unternehmen und NGOs, sondern auch Gewerkschaften und VertreterInnen marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen, wie etwa der indigenen Bevölkerung. Beim RSPO kann davon allerdings keine Rede sein. Im Vorstand des RSPO sind lediglich vier Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie ein Kleinbauernverband vertreten, die elf restlichen Plätze werden von Unternehmen eingenommen. Unter den insgesamt 253 RSPO-Mitgliedern sind nur 20 Umwelt- und Entwicklungs-NGOs. Gewerkschaften sind überhaupt

nicht vertreten. Allein aufgrund dieses gravierenden Missverhältnisses steht zu befürchten, dass ökologische Erwägungen ebenso die Anliegen marginalisierter Gruppen nur wenig Berücksichtigung bei der Erstellung der Kriterien gefunden haben.

* Selbst wenn ein Zertifizierungssystem funktionieren würde - d.h. es unabhängig und unter Beachtung aller Kriterien zertifiziert, sowie in der Lage ist, Verstöße zu ahnden - bedeutet dies nicht, dass die Industrie nicht Systeme entwickeln wird, die einen weit niedrigeren Standard haben. Eben dies ist im Bereich der Holzzertifikate geschehen, wo neben dem halbwegs akzeptablen FSC noch regionale, zumeist von der Industrie lancierte, Zertifikate im Umlauf sind, wie z.B. PEFC, MTCC, SFI, CSA, AFS...

Kommentar:

Mord und Monster-Energie

„Innocence Dias starb einen grausamen Tod. Seine Mörder stachen sieben Mal auf ihn ein und schnitten ihm die Kehle durch. [...] Er starb weil die Welt durch 'grüne' Energie besser werden sollte.“ Seinen Tod, so der Eindruck nach meiner kurzen Recherche im Internet, starb der kolumbianische Bauer Innocence Dias, von dem wir weder Alter noch Familiengeschichte kennenlernen, mit jedem Artikel über Biosprit immer wieder aufs Neue und im Close-up. Ein dankbarer Einstieg in ein Thema, das es zu skandalisieren und mit negativen Bildern zu behaften gilt. Für diesen Zweck steigt das Grauen vor der Monster-Energie mit jedem Messerstich - und man nimmt es nicht so genau, dass die Originalberichterstattung Anfang Juni sich diese Details erspart hat.

Die Dramatisierung schafft Betroffenheit und nutzt im Nachhinein den Tod - auch wenn dieser überhaupt nicht im Sinn des Ermordeten gewesen sein dürfte - im Kampf gegen die Mächte, die die Agroenergie vorantreiben und die für die damit einhergehenden sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten, für massive Umweltzerstörung, sowie Mord und Totschlag verantwortlich sind.

Doch was diese Dramatisierung schuldig bleibt, sind Antworten auf die der Problematik zugrundeliegenden Fragen: **Nach welchen Konzepten soll die Menschheit ihren Energiebedarf decken? Wie kommen wir in den Industrieländern zu einem nachhaltigen Energieverbrauch, der nicht auf Kosten der Entwicklungsländer geht? Wie schafft man solidarische Entwicklung für alle Regionen und Menschen dieser Welt?**

Uns wäre es lieber, Innocence Dias wäre noch am Leben und die Auseinandersetzung um Agroenergie könnte von mit Horrorbildern um Aufmerksamkeit heischen allmählich zur Suche nach Lösungsansätzen und deren konkreten Umsetzung mutieren.

Ein Tempolimit ist ein Schritt zur Versachlichung. Es hilft konkret durch Verbrauchsreduktion das Klima entlasten und wird Wirtschaftsstrukturen verändern, die bisher das Recht auf Klimazerstörung leben. Und es ist Prüfstein für den Bewusstseinsstand in unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Autoindustrie muss umlernen: Unnötig viel Masse bewegen, kostet unnötig viel Energie!

Regenwald und Verkehrspolitik scheinen wenig miteinander zu tun zu haben. Es folgt ein Interview, welches anlässlich einer Radiosendung mit Hermann Edelmann, dem zuständigen Kampagnenkoordinator bei Pro REGENWALD, entstanden ist.

Frage: Pro REGENWALD macht seit Mitte November die Kampagne 'Tempolimit statt Palmöl' und nicht alle verstehen, warum eine Regenwaldorganisation sich in die Verkehrspolitik einmisch?

Hermann Edelmann: Wir mischen uns damit ja nicht nur in die Verkehrspolitik ein. Es geht auch um Klimapolitik, um Energiepolitik, um Entwicklungspolitik und um unser Hauptthema, den Regenwaldschutz. Unsere Welt ist sehr komplex geworden: Wer heute darüber nachdenkt, wie er den Verkehr in Deutschland klimafreundlicher gestalten soll, kann zu Vorschlägen kommen, die zu Regenwaldzerstörung führen. Und da sagen wir Stopp, das kann es nicht sein.

Warum soll klimafreundlicherer Verkehr Regenwald zerstören?

Weil die Politik dafür gesorgt hat, dass Palmöl in den Tanks unserer Fahrzeuge landet - ohne offensichtlich zu bedenken, dass für dessen Produktion Regenwald gerodet wird.

Vielleicht kannst du uns das kurz erläutern?

Dazu muss man etwas ausholen, fangen wir mit dem Klimazusammenhang an: Mittlerweile weiss jeder, dass Benzin und Diesel, also fossile Treibstoffe, bei der Verbrennung das Treibhausgas Kohlendioxid oder CO₂ freisetzen und damit den Klimawandel vorantreiben. Darüber gibt es, wie uns die Bali-Konferenz Anfang Dezember gezeigt hat, erfreulicherweise im Großen und Ganzen keine Diskussion mehr - und auch nicht darüber, dass wir die weitere Anreicherung des CO₂-Gases in der Atmosphäre tunlichst vermeiden müssen. Um dies zu erreichen gibt es zwei Möglichkeiten: entweder weniger verbrauchen oder aber - und das ist der Trick, auf den man neuerdings setzt - nur sogenannte klimaneutrale Energieträger verwenden, also solche, die bei ihrer Entstehung der

Atmosphäre das Treibhausgas entzogen haben und bei ihrer Verbrennung dann kein zusätzliches Gas freisetzen. Kurz: weg von fossil und hin zu regenerativ bzw. nachwachsend.

Frage: Was doch ein guter Ansatz ist. Es gibt ja schon Fahrzeuge, die mit Rapsöl und Biodiesel fahren und daher das Klima nicht mehr schädigen.

Man muss da genau hinschauen, das kommt gleich...

Aber zuerst muss ich vor einer Begriffsverwirrung warnen: Biodiesel oder Biofuel hat nichts mit Bio zu tun. Das Zeug wird in Monokulturen produziert, es wird gespritzt und mit Kunstdünger gedüngt, es ist zu erwarten, dass zur Ertragsoptimierung Gentechnik eingesetzt wird und in vielen Regionen knappe Wasserressourcen sollen bevorzugt für die Produktion dieser neuen Energieträger bereitgestellt werden, wie wir gerade an einem anschaulichen Beispiel in Brasilien erleben, wo es derzeit einen großen Streit über die Ableitung und damit Zerstörung des Rio São Francisco gibt, was immerhin der drittgrößte Fluß im Land



ist. Zudem ist das internationale Geschäft heute schon in den Händen weniger multinationaler Konzerne, Kleinbauern werden entweder verdrängt oder müssen sich in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen verdingen. Also eher 'Teufelszeug' als 'bio' - viele nennen diese Treibstoffe deshalb nicht 'Bio'sprit sondern treffender 'Agro'sprit.

Jetzt zum Klimaschutzeffekt: dieser steht und fällt mit der Kohlendioxidbilanz des regenerativen Treibstoffs. Es muss mehr Einsparung erzielt werden, als man zur Produktion aufwendet. Das oft zitierte Rapsöl schneidet nicht besonders gut ab, ist aber im positiven Bereich - und das Palmöl, welches auf extra

gerodeten Regenwaldflächen in Indonesien produziert wird, schädigt in der Gesamtbilanz das Klima mehr, als wenn man gleich das Erdöl verbrennen würde.

Und damit sind wir bei unserem Thema, dem Regenwald: nach allem was wir heute wissen, ist die Zerstörung der Regenwälder gleichzusetzen mit der Zerstörung der globalen Lebensgrundlagen. Wenn wir dies als Nebeneffekt unserer Klimaschutzbemühungen in Kauf nehmen wollen, müsste man eine breite Diskussion führen und abwägen. Vollkommen absurd ist es aber, den Regenwald für 'Klimaschutzmaßnahmen' platt zu machen, die den Treibhauseffekt nicht abschwächen, sondern verstärken. Da muss man nichts mehr diskutieren: klimaschädliches Erdöl durch Palmöl ersetzen ist klimaschutzmäßig Unsinn und zerstört darüber hinaus noch Regenwald.

Deshalb setzt ihr mit der Tempolimit-Kampagne auf die erste Möglichkeit zum Klimaschutz, auf die Verbrauchsreduktion?

Ja, zufälligerweise wird nach unseren Abschätzungen durch ein Tempolimit auf Autobahnen genausoviel Treibstoff eingespart, wie die Bundesregierung vorschreibt, dass Agrofuel zur Verbesserung des Klimaschutzes zwangsweise beigemischt werden muss. Wenn unserer Regierung am Regenwaldschutz liegen würde, könnte man das gegeneinander aufrechnen und wenigstens auf die Beimischung von Palmöl, von der wir wissen, dass sie sowieso unsinnig ist, verzichten.

Wieviel Treibstoff wird durch ein Tempolimit eingespart?

Das Umweltbundesamt sagt, dass sich mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 Stundenkilometer annähernd drei Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr einsparen ließen. Dies wären dem Präsidenten des Amtes, Andreas Troge, zufolge etwa zehn Prozent aller auf Autobahnen entstehenden Emissionen und es wäre nicht richtig, auf dieses Minderungspotenzial zu verzichten.

Die Mehrheit in Politik, Wirtschaft und der Gesellschaft scheint das mit dem Klimawandel noch nicht ganz so ernst zu nehmen - und läßt diese drei Millio-

nen Tonnen Minderungsmöglichkeiten ungenutzt verstreichen.

Das muss man auch im Vergleich zu anderen Maßnahmen sehen: die Bundesregierung hat ein Altbausanierungsprogramm als Klimaschutzmaßnahme auf den Weg gebracht. Das kostet 1 Milliarde Euro und schafft eine Einsparung von 1 Million Tonnen CO₂. Das Tempolimit würde nichts kosten, würde SOFORT wirken und würde die dreifache Menge einsparen.

Ich habe in euren Unterlagen von einer Zweiten Sparstufe gelesen. Was versteht ihr darunter?

Das ist fast unser wichtigstes Argument, gut dass du das ansprichst: Der größte Spareffekt wird ja nicht durch die derzeit diskutierte Geschwindigkeitsreduzierung allein erzielt, also in einem System in dem man zwangsweise mit SUVs (Sport Utility Vehicles) oder anderen 2 Tonnen schweren Fahrzeugen 'langsam fahren muss'. Richtig gespart wird erst dann, wenn die Fahrzeugflotte und das Straßensystem in Zukunft dieser neuen Höchstgeschwindigkeit angepasst auf leicht konstruiert sein wird.

Um das kurz am Beispiel zu erläutern: in einem Verkehrssystem, in dem alle Teilnehmer auf Höchstgeschwindigkeit 120 ausgelegt sind, kann man mit viel leichteren Fahrzeugen auskommen, weil die dann im Ernstfall nur mit 240 aufeinanderknallen würden und nicht mit 450 (das wäre die theoretische Aufprallgeschwindigkeit in einem System, in dem beide Verkehrsteilnehmer 225 kmh fahren können). Das würde eine riesen Rohstoff- und Energieersparnis mit sich bringen - insbesondere da man auch weniger Masse bewegt.

Insofern wäre ein Tempolimit eine klare politische Vorgabe an die Autoindustrie, künftig Fahrzeuge so zu konstruieren, dass sie möglichst energieeffizient den Zweck des Personentransports erfüllen können.

Damit wäre dann Schluß mit der aus klimatischer Sicht dummen Forderung der deutschen Autoindustrie, die mit Verweis auf physikalische Gesetze den zulässigen CO₂-Ausstoß an schwere Kfz angepasst sehen will. Der Klimawandel wird die Argumentation umdrehen: An

den Gesetzen der Physik kann sich auch die deutsche Autoindustrie nicht vorbeimogeln. Und die sagen: Unnötig viel Masse bewegen, kostet unnötig viel Energie.

Kritiker eines Tempolimits verweisen darauf, dass der Einspareffekt vernachlässigbar sei und sie bezeichnen angesichts der 5 Prozent noch geschwindigkeitsgebotsfreien Strecken ein Tempolimit als Symbolpolitik.

Meines Erachtens nach ist es doch umgekehrt: Politik und Autoindustrie klammern sich fest an einem theoretischen Geschwindigkeitsrausch, der nach eigener Argumentation auf deutschen Straßen ohnehin kaum realisiert werden kann. Für diese fünf Prozent Freiheit baut die deutsche Industrie vollkommen überdimensionierte Fahrzeuge und die Leute verschwenden mit diesen schweren Kisten täglich unnötig Energie? Das ist nicht mehr zeitgemäß.

Angesichts der Vehemenz, mit der sich unsere Bundeskanzlerin gegen die geplanten Reduktionsziele der EU geäußert hat, verwischen sich ja fast die Grenzen zwischen Politik und Autoindustrie. Da hat ja selbst der ADAC Ende letzter Woche mit seinem Vorwurf, dass die deutsche Autoindustrie in den vergangenen Jahren mehr für den Klimaschutz hätte tun müssen, eine kritische Position eingenommen.

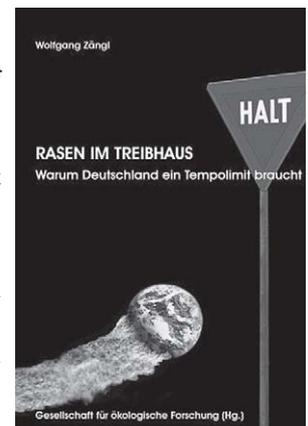
Und recht hat er, denn im schlimmsten Fall könnte der Autoindustrie drohen, was vor langer Zeit den Sauriern passiert sein muss: nicht angepasst an sich ändernde Rahmenbedingungen sind sie in relativ kurzer Zeit aus der Ökosphäre verschwunden.

Buchtip:

Nirgendwo sonst darf man ungebremst rasen. Warum hat sich bei uns die Vernunft noch nicht durchsetzen können?

Wolfgang Zängl: **Rasen im Treibhaus.** Warum Deutschland ein Tempolimit braucht; Gesellschaft für ökologische Forschung (HG.)

Bestellung bei shop.pro-regenwald.de



Es reicht. 'Tempolimit statt Palmöl!'

■ Der Klimawandel erlaubt nicht, Minderungspotentiale ungenutzt zu lassen

Es reicht. Genug dramatisiert, analysiert und zerredet. Zu lange nur getan, was bequem ist. Und politisch zugelassen, was Wachstumskurven und die nächste Wiederwahl nicht gefährdet. Einen Flugverkehr gefördert, der unverhältnismäßig Klima und Flughafenanlieger belastet und doch nur einem geringen Prozentsatz der Weltbevölkerung dient. Einen Wohnungsbau mit Wärmeschutzstandards zugelassen, die jahrzehntelang weit schlechter waren als das technisch Machbare. Eine Autoindustrie sich entwickeln lassen, die zur Renditeoptimierung den Kunden Leistungszuwachs anstelle Effizienzrevolution anpreist.

Der drohende Klimawandel ist nicht gegeben, sondern Ergebnis von falschen und unterlassenen Entscheidungen in der Vergangenheit. Mit den angenommenen 2 Grad Temperaturerhöhung diktiert er neue Spielregeln, wenn die Szenarien der Wissenschaftler halbwegs stimmen.

Und danach erlaubt er nicht, Minderungspotentiale ungenutzt zu lassen.

Grund genug für ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen Lobbyarbeit zu machen. Das Motto 'Tempolimit statt Palmöl' mag verwundern, steht aber für die Beimischung von Palmöl in den Treibstoff für Kraftfahrzeuge. Die Message der Aktion ist zusammengefasst: **Ja, ein Tempolimit trägt zum Klimaschutz bei UND es rettet Regenwald.** Deshalb fordern wir als Sofortmaßnahme zum Klima- und Regenwaldschutz ein Tempolimit.

Fakt ist: der Energieverbrauch steigt mit der Geschwindigkeit und langsamer fahren als derzeit bietet gute Einsparpotentiale. Fakt ist auch, dass sowohl die EU als auch die Bundesregierung darauf setzen, einen Teil der fossilen Treibstoffe durch nachwachsende Rohstoffe (wie beispielsweise das sehr ertragreiche Palmöl) zu ersetzen. Die zu erwartende Nachfragesteigerung nach Palmöl fördert jetzt schon die drastische Aus-

dehnung der Plantagen, größtenteils zu Lasten von Regenwald in Indonesien.

Das Tempolimit hat aber zwei weitere Wirkungen. Erstens zeigt es der Autoindustrie die Notwendigkeit, vor allen Dingen auf Effizienz zu setzen und den Unsinn mit Kraftprotzerei und immer stärkeren Motoren (wozu auch, die Straßen werden doch immer besser) einzustellen. Zum anderen ist das Tempolimit auch ein politisches Statement an die Industrie, an die BürgerInnen und an die Welt: Wir haben die Dringlichkeit erkannt und handeln entschlossen!

Bitte unterstützen Sie die Aktion entweder Online oder durch den Versand eines Faxes/Briefes an die Bundeskanzlerin und die beiden zuständigen Minister. Eine Vorlage finden Sie auf der nächsten Seite, weitere Infos auf www.pro-regenwald.de/tempolimit.

Sie können diese Kampagne auch durch eine Spende unterstützen: **Stichwort Tempolimit**

Fakten: 'Biosprit' für Kraftwagen

Deutsche Autos sollen mehr Biosprit - oder besser Agrofuel - tanken. Bis 2020, so sieht es die neue Biokraftstoff-Strategie der Bundesregierung vor, soll jeder fünfte Liter von nachwachsenden Rohstoffen stammen. Das geht aus der sogenannten „Roadmap Biokraftstoffe“ hervor, die kurz vor Weihnachten von den zuständigen Bundesministerien vorgelegt wurde.

Im vergangenen Jahr lag der Anteil noch bei 6,3 Prozent. Er soll nun kontinuierlich anwachsen. Die höhere Quote soll in erster Linie durch Beimischung von Bioethanol zu Ottokraftstoff und Biodiesel zu fossilem Diesel erreicht werden. Nach der derzeitigen Gesetzeslage darf die Beimischung aus technischen Gründen nicht mehr als fünf Prozent ausmachen.

Dem neuen Plan zufolge soll die Beimischungsgrenze auf zehn Prozent erhöht werden, wobei auf dem Papier wenigstens der Anbau der Biomasse nachhaltig, klimaschonend und ohne Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion erfolgen soll.

Umweltverbände haben berechtigte Zweifel an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit: aus einem Entwurf für eine Richtlinie wurden kurzerhand die von NGO als wichtig erachteten sozialen Kriterien gestrichen.

Fakten: Kohlendioxid

Kohlendioxid (CO₂) ist ein farbloses, geruchloses, ungiftiges Gas, das natürlicher Bestandteil der uns umgebenden Luft ist. Kohlendioxid entsteht u.a. bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe und ist ein sogenanntes Treibhausgas.

Verbrennungsmotoren setzen Kohlendioxid frei. Aus einem Liter Benzin entstehen 2,33 kg CO₂ und aus einem Liter Diesel gar 2,64 kg CO₂. Eine Fahrt von München nach Hamburg (Fahrstrecke 775 km) in einem Dieselfahrzeug mit 6 ltr Verbrauch pro hundert Kilometer setzt aus 46,5 Litern Sprit rund 123 kg CO₂ frei (oder 159 g/km).

Die Erhöhung der Konzentration der Treibhausgase in den letzten 100

Jahren (CO₂ um etwa 35%, Methan um ca. 150 % durch Reisanbau, Rinderzucht und Müllfäulnis) führte zu einer Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um ca. 0,8 Grad in den letzten 100 Jahren.

Fakten: Kraftfahrzeuge und Klimaschutz

Der Treibstoffverbrauch von Kraftfahrzeugen ist maßgeblich abhängig von der Fahrgeschwindigkeit. Als grobe Regeln gelten folgende Relationen: bei einer Geschwindigkeitsveränderung von 100 km/h auf 150 km/h werden 50 Prozent mehr Sprit verbraucht, bei einer Veränderung von 100 km/h auf 200 km/h verdoppelt sich der Verbrauch.

Ein Tempolimit von 120 km/h würde den CO₂-Ausstoß von PKW auf Autobahnen um mindestens neun Prozent verringern. Die dadurch eingesparten 3,3 Millionen Tonnen CO₂ entsprechen dem Jahresausstoß eines Steinkohlekraftwerks. Innerhalb des Verkehrssektors gibt es keine andere Maßnahme, die so einfach und schnell einen so großen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Aufgrund physikalischer Gesetze benötigen große und schwere Fahrzeuge mehr Treibstoff.

Die EU-Kommission hat einen Gesetzesvorschlag für künftige CO₂-Grenzwerte vorgelegt: Ab 2012 sollen alle Neufahrzeuge eines Herstellers im Durchschnitt nur noch 130 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen dürfen. Weitere 10 Gramm sollen durch begleitende Maßnahmen eingespart werden, wie etwa die Beimischung von Bio-Kraftstoffen. Derzeit liegt der Durchschnitt der Emissionen noch bei 160 g/km, Daimler liegt mit 188 g/km knapp über BMW mit 184 g/km, entsprechende Zahlen zu Porsche sind nicht bekannt.

Sie können den folgenden Text entweder als Brief kopieren und an die drei angegebenen Adressen schicken - oder Ihren Protest per Email übermitteln. (von www.pro-regenwald.de/tempolimit/). Weitere Informationen zur Aktion siehe Seite 10.

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Fax: 01888-2722 555

Bundesministerium für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung
Bundesminister Wolfgang Tiefensee
Invalidenstr. 44
10115 Berlin

Fax: 030-18300 2059

Bundesumweltministerium
Bundesminister Sigmar Gabriel
Alexanderstr. 3
10178 Berlin

Fax: 030-18305 4375

Tempolimit statt Palmöl !

Sehr geehrte Frau Merkel, sehr geehrte Herren Tiefensee und Gabriel, sehr geehrte Damen und Herren,

die immer realer werdende Bedrohung durch den Klimawandel bestimmt die öffentliche Diskussion und das Denken vieler Menschen in Deutschland. Jede Woche erfährt man von neuen Fakten, die die Ursachen und Auswirkungen immer deutlicher beschreiben und niemand mehr hat Zweifel, dass die Veränderungen drastisch sein und viel Leid und Ungerechtigkeit über die Weltbevölkerung bringen werden.

Sind Sie der Meinung, dass Ihre Antwort auf diese globale Zukunftsfrage der Problematik angemessen, konsequent und vorbildlich ist und der Erwartung der aufgeklärteren Bevölkerung an politische Entscheidungsträger gerecht wird?

Die Antwort ist nein, unsere Gesellschaft und Wirtschaft warten vergeblich auf deutliche Signale und wirksame Entscheidungen von Ihnen.

Ein Beispiel ist die Verkehrspolitik in unserem Land. Einklemmt zwischen den Interessen der Autoindustrie, der Bemühung unser Wirtschaftssystem egal zu welchen externalisierten Kosten und ökologischen Schäden boomen zu lassen und der ständigen Angst vor Liebesentzug durch die kfz-industrie-agitierten Wähler, erlauben Sie uns ein Mobilitätsmodell, welches, falls weltweit kopiert, dreissig weitere Erden bräuchte, um die dafür nötigen Rohstoffe zu liefern.

Ganz in diesem Sinne wird in kleinen Reparaturansätzen an Fahrzeugen optimiert (wobei die meisten Errungenschaften nicht dem Klimaschutz sondern der Leistungsförderung dienen) oder wie nun mit der Biokraftstoffverordnung versucht, den Treibstoffdurst mit weniger klimaschädlichen Alternativen zu löschen, die aber, wie wir heute wissen, eine neue Bedrohung für Ökosysteme darstellen. Für die Produktion von Palmöl werden oft ehemalige Regenwaldflächen auf Torfuntergrund genutzt mit der Folge, dass die 'weniger klimaschädliche' Alternative mehr Klimabelastung bedeutet, als die bisher praktizierte Verbrennung von fossilen Rohölkraftstoffen.

Experten raten, unverzüglich alle möglichen Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen und keinen Tag untätig verstreichen zu lassen.

Ein Tempolimit ist eine sofort wirksame Klimaschutzmaßnahme und spottbillig. Während die Einsparung von 1 Million Tonnen CO₂ über das Altbauanierungsprogramm 1 Milliarde Euro kostet, schafft ein Tempolimit 3 Mio Tonnen für fast keine Kosten. Mit einer Verordnung und einem kleinen Verwaltungsaufwand kann innerhalb kürzester Zeit konkret Klima geschützt werden.

Den so vermiedenen Kohlendioxid-Ausstoß kann man mit der durch die Biokraftstoffverordnung vorgeschriebenen Beimischung von Agrosprit aufrechnen und somit auf Palmöl und andere unter unverträglicher Umweltbelastung hergestellte Ersatzstoffe verzichten.

Das Tempolimit wäre auch das längst überfällige Signal an die Autoindustrie für den Bau und Vertrieb leichter und sparsamer Autos. Niedrigere Geschwindigkeiten ermöglichen den Einbau leichter Motoren und verlangen weniger Knautschzone und keine teuren Hochgeschwindigkeitspisten mit durchgehendem Leitplankenverbau - was alles dem Klimaschutz zugute kommen würde. Derzeit ist eher das Gegenteil zu beobachten: die Autos werden immer größer und leistungsstärker, und die wachsende Zahl tonnenschwerer SUV in deutschen Städten dokumentiert: die Autofahrer werden zu Kraftprotzen erzogen anstelle zu smarten, klimabewussten Verkehrsteilnehmern wie es die Zeit erfordern würde.

Für ein Tempolimit mag es eine Reihe weiterer Gründe geben: mit dieser Aktion beschränke ich mich auf den klimarelevanten Einspareffekt. Dieser ist laut Andreas Troge, dem Präsidenten des Umweltbundesamtes erheblich. Nach seiner Schätzung ließen sich mit einer Tempobegrenzung auf 120 Stundenkilometer fast drei Millionen Tonnen klimaschädigendes Kohlendioxid im Jahr einsparen. Das sind rund zehn Prozent aller auf Autobahnen entstehenden Emissionen. Und es entspricht der Menge an Palmöl (oder anderen pflanzlichen Ölen), welche künftig dem Treibstoff beigemischt werden soll.

Bitte setzen Sie sich für das Tempolimit ein oder setzen Sie es durch - aus Klimaschutzgründen plädieren Experten für eine Geschwindigkeit von maximal 120 km/h. Falls Sie sich nicht dafür verwenden wollen, bitte ich Sie um eine Erklärung, warum Sie die Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß zu verringern, ungenutzt verstreichen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Tropenholz in öffentlichen Bauvorhaben verboten

■ Norwegischer Regierung ist selbst das FSC-Zertifizierungssystem nicht gut genug

Raubbau und Handel mit Holzprodukten aus illegalen Quellen stehen auf der politischen Agenda mittlerweile ganz oben. Dafür haben die Umweltorganisationen sorgen können. Konkrete Aktionen, die merklich den Druck von den Wäldern nehmen würden, sind allerdings sehr selten. Es werden Verhandlungen geführt und Maßnahmen geplant - aber ähnlich wie es in Deutschland kritisiert wird, so fehlt es auch in anderen europäischen Ländern an sichtbaren Erfolgen. Der Holzhandel - natürlich bevorzugt mit illegalen Produkten aus Raubbau - floriert weiter. Norwegen zieht jetzt die Notbremse. Nach Ansicht der Entscheider dort, wird auf absehbare Zeit kein System den nachhaltigen Holzeinschlag in den Tropen garantieren können.

So ist die norwegische Regierung zum Schluß gekommen, daß sie sich auf kein

Zertifizierungssystem, nicht einmal auf das FSC-System, verlassen kann, wenn es darum geht, die neu beschlossene 'ethische Beschaffungspolitik' umzusetzen. In dieser Logik entschieden die Norweger deshalb auf jegliche Verwendung von Tropenholz bei öffentlichen Baumaßnahmen zu verzichten. Dies mit dem Anliegen, daß die Regierung jeden Handel mit illegalen oder aus nicht nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammenden Tropenholzprodukten einstellen möchte. Derzeit gibt es weder ein internationales noch nationales Zertifizierungssystem, welches zuverlässig die legale und nachhaltige Herkunft von Holz garantieren kann.

Zu dieser vernichtenden Entscheidung kam es schließlich nach einer Reihe von Beanstandungen, welche die zuständige Behörde von Oslo bereits ab dem Jahr

2002 in Bezug auf die Zuverlässigkeit des FSC verlauten ließ. In Folge einer Untersuchung eines als FSC-Mix eingestuften Produktes beschloß der norwegische Ombudsmann für Konsumenten, daß der Gebrauch derartiger Labels 'irreführend' und illegal sei. Seitdem sind die Anforderungen des FSC hinsichtlich der Produktauszeichnungen mit nicht zertifizierten Bestandteilen sogar weiter abgeschwächt worden.

Diese neue Bekanntmachung bestätigt wachsende Zweifel am FSC-System über die Sachfrage 'Illegalität' hinausgehend. Dadurch könnte sich der Druck auf andere Länder, wie Großbritannien oder auch Deutschland, erhöhen, FSC aufgrund zunehmender Lücken in der Zuverlässigkeit von ihrem Beschaffungswesen auszunehmen.

Norwegen verbietet Tropenholz aus der öffentlichen Beschaffung

Pressemitteilung Rainforest Foundation Norway, 28.06.2007
 Letzte Woche stellte die norwegische Regierung ihre neue Beschaffungspolitik für öffentliche Baumaßnahmen vor. Mit den neuen Plänen übernimmt Norwegen eine führende internationale Rolle indem es ein Verbot auf die Verwendung von Tropenholz in öffentlichen Gebäuden einführt. Zum ersten Mal wird damit in Norwegen eine strikte 'Tropenholz-frei'-Politik erarbeitet und auf Regierungsebene verankert. Anlaß ist der 'Aktionsplan für Umwelt- und Soziale Verantwortung bei der öffentlichen Beschaffung', der letzte Woche von der norwegischen Regierung vorgestellt wurde.

Der Plan beinhaltet mehrere Initiativen um die Umwelt- und Sozialaspekte in der öffentlichen Beschaffung zu stärken - die Anforderungen für den Einsatz von Tropenholz sind ehrgeizig und lassen keinen Zweifel aufkommen: 'Tropenholz soll weder im Gebäude selbst, noch in Materialien während des Baus verwendet werden' wird im Plan vorgegeben.

Lars Løvold, der Direktor der Rainforest Foundation Norwegen sagt: 'Wir sind mit den ehrgeizigen Zielen, die von der norwegischen Regierung in dem Aktionsplan festgelegt wurden, sehr zufrieden. Der Staat ist ein Großverbraucher, übt eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft aus und setzt jetzt einen Präzedenzfall, indem auf jeglichen Tropenholzeinsatz verzichtet wird.' [...]

Fehlende verlässliche Zertifizierung für forstliche Bewirtschaftung

Beunruhigt von der um sich greifenden Abholzung in tropischen Waldgebieten riefen zwei Minister 2002 alle öffentlichen Einrichtungen auf, nur noch Tropenholz aus nachhaltiger Forstwirtschaft zu verwenden. Trotz des Aufrufes benutzten viele staatliche Einrichtungen für Bauvorhaben in den vergangenen fünf Jahren Holz aus bedrohten Regenwäldern.

Diese Skandale wurden weitgehend von den nationalen Medien aufgedeckt und in einem Fall forderte der damalige Modernisierungsminister, Morten Meyer, die Abteilung für Öffentliche Bebauung und Eigentum (Statsbygg) auf, Bintangorholz von einem im Bau befindlichen Gebäude zu entfernen. Daraufhin führte Statsbygg eine strenge Politik gegen jegliche Verwendung von Tropenholz ein.

In Ermangelung eines verlässlichen Zertifizierungssystems hat die Regierung beschlossen, die strenge Politik von Statsbygg zu übernehmen und die Verwendung jeglichen Tropenholzes, einschließlich zertifizierten Holzes zu verbieten.

'Die Regierung möchte den Handel mit nicht nachhaltig gewonnenen oder illegal geschlagenen Tropenholzprodukten unterbinden. Derzeit gibt es keine internationale oder nationale Zertifizierung, die zuverlässig garantieren kann, daß importiertes Holz legal und nachhaltig gewonnen wurde', stellt das Papier aus dem Ministerium fest.

'Das Verbot für Tropenholz in öffentlichen Gebäuden macht Norwegen zu einem internationalen Vorreiter auf diesem Gebiet. Soweit uns bekannt ist, hat kein anderes Land eine vergleichbar strenge und ehrgeizige öffentliche Beschaffungspolitik für Tropenholz. Hoffentlich wird dies auch andere Länder dazu animieren, ihre Politik ebenfalls zu verschärfen', sagt Løvold.

'Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Holzeinschlag in tropischen Wäldern. Das Problem ist, daß es derzeit keine zuverlässige Zertifizierungsmethode für den Einschlag in tropischen Ländern gibt. Bis eine solche Methode wirksam wird oder es andere Wege gibt, um nachzuweisen, dass der Einschlag nachhaltig erfolgt, unterstützen wir die Entscheidung der Regierung den Gebrauch von Tropenholz zu verbieten', sagt Løvold.

Quelle: <http://www.rainforest.no/html/481.htm> (Übersetzung: Pro REGENWALD)

Was haben tote Mönche mit meinen Gartenmöbeln zu tun?

Wenige Wochen ist es her, da rückte mal wieder ein Land in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, dem ansonsten nicht viel Beachtung zuteil wird. Als sich nun im September aufgrund einer massiven Verteuerung von Treibstoffen Proteste regten, die innerhalb weniger Tage zu Demonstrationen gegen die Regierung anschwellen, hatte Burma wieder Schlagzeilenwert.

Zu Hunderttausenden gingen die Menschen – angeführt von buddhistischen Nonnen und Mönchen – auf die Straßen, um gegen das unterdrückerische Militärregime zu protestieren. Die Reaktion des Regimes folgte später als vermutet, aber mit den erwarteten Mitteln. Erst ab dem 25. September ging das Militär gegen die Demonstranten vor und erklärte die Aufstände fünf Tage später für beendet. Bis zu zweihundert Tote hatte das Eingreifen des Militärs zur Folge, landesweit wurden Hunderte Demonstranten, Mönche, Nonnen und Oppositionspolitiker verhaftet.

Und all dies hat auch mit unseren Gartenmöbeln zu tun. Das Militärregime Burmas ist finanziell entscheidend von der Ausbeutung und dem Handel der heimischen Bodenschätze und Ressourcen abhängig. Neben Erdöl und –gas sind dies vor allem Edelsteine und Holz, insbesondere Teak.

Die Junta ist für die Vertreibung von über 150.000 Angehörigen von Minderheiten aus ihren angestammten Waldgebieten verantwortlich, die nun als Flüchtlinge im angrenzenden Ausland ausharren. Die Menschen in Burma leben trotz des Rohstoffreichtums in bitterer Armut.

Seit Jahrzehnten profitiert das Regime

finanziell vom illegalen Holzeinschlag und –handel mit Teak. Illegale Teakhändler operieren unter Duldung der Regierung und des Militärs und sind teilweise sogar an der Rekrutierung von Soldaten für die Armee beteiligt. Die illegalen Händler und die Regierung beuten Naturwälder aus, damit in Europa Fussböden, Schiffseinrichtungen und Möbel aus wertvollem Burma-Teak hergestellt werden können.

Die aktuelle Entwicklung in Burma war Anlass genug, bei deutschen Unternehmen und Holzhändlern, die explizit mit dem Verkauf von Burma-Teak bzw. Teak werben, nachzufragen, wie sie nicht nur die illegale Zerstörung der dortigen Wälder, sondern auch die Unterstützung eines illegitimen, folternden und mordenden Militäregimes rechtfertigen.

Von weit mehr als dreißig Unternehmen haben wir eine Stellungnahme gefordert – das Ergebnis war und ist großes Schweigen. Bisher haben lediglich zwei Unternehmen geantwortet, wobei das eine glaubwürdig versichern konnte, zwar Teak einzusetzen, es aber nicht aus Burma zu beziehen. Das zweite Unternehmen hat unsere Aktion dankbar aufgenommen und Burma-Teak bzw. Teakholz generell aus dem Angebot genommen und will auch in Zukunft darauf verzichten.

Bei all den anderen ist davon auszugehen, dass in ihrem Denken und Handeln ökologische, soziale und demokratische Grundsätze keinerlei Rolle spielen. Für sie gelten Menschenrechte nicht, sobald eigene wirtschaftliche Interessen betroffen sein könnten.

Welche Firmen das sind kann man auf www.raubbau.info einsehen.



Die unendliche Geschichte – GDH und Selbstverpflichtungserklärung

Vor einem Jahr berichteten wir in unserem News-Letter von den vollmundigen Ankündigungen des GDH, dem deutschen Holzhandel eine Selbstverpflichtungserklärung als unternehmerischen Beitrag zur Eindämmung illegalen Holzhandels zu geben. Seit mehr als zwei Jahren arbeitete der GDH an dieser Erklärung, als es im Juni 2007 auf einmal hieß: Er hat es geschafft! Der GDH hat sich einen Verhaltenskodex gegeben! Unser Mitleid galt zunächst uns selbst, denn irgendwer musste die Erklärung nun ja auch lesen – schließlich wurde mehr als zwei Jahre daran gearbeitet! Demnach musste es sich um ein Werk biblischen Ausmaßes handeln!

Aber der GDH wäre nicht der GDH, wenn er uns nicht auch dieses Mal enttäuscht hätte – eine DIN A4-Seite umfasst der Code of Conduct, wobei die halbe Seite aus einem Vorwort besteht, die eigentliche Selbstverpflichtung also auch nur ein paar Zeilen umfasst.

Die Unternehmen des GDH wollen von nun an also internationale Artenschutzabkommen achten, Embargo-Empfehlungen von UNO und EU respektieren, nachhaltige Wald- und Forstwirtschaft fördern und Handel mit illegal geschlagenem Holz ausschließen.

An dieser Stelle wäre es schon interessant zu erfahren, worüber innerhalb des GDH über zwei Jahre lang diskutiert wurde, um am Ende ein Papier zu präsentieren, dessen Inhalt mit Selbstverständlichkeiten gefüllt ist?

Aber auch bei der Beantwortung dieser Frage ist auf den GDH Verlass. Bereits im Oktober zeigte sich, wie schwer es fallen kann, die eigene Selbstverpflichtungserklärung einzuhalten.

Angesichts der Vorfälle in Burma beschlossen die Außenminister der Europäischen Union, aus Solidarität mit den Unterdrückten Menschen in Burma, den Druck auf das dortige Unrechtsregime zu erhöhen und verhängten unter anderem ein Importverbot für Hölzer aus Burma. Anstatt diese Entscheidung, wie es die Selbstverpflichtungserklärung vorsieht, zu respektieren, legte der GDH dagegen Protest ein, weil "ein Handelsverbot für Teakholz die Schließung einiger deutscher Importfirmen bedeuten würde". Ein Kommentar erübrigt sich.

Plantagen-Safari: Dem Zellstoff auf der Spur

■ Papier für die Welt, aber kaum Essen und wenig Profit für die Bevölkerung

Was haben Peter George und die Sudwala Caves gemeinsam? Bis zu meinem Besuch in Südafrika Ende Oktober hätte ich wie jede/r andere auch gesagt: 'Keine Ahnung! Wer ist Peter George und wo sind Caves? Wie sollte ich da ihre Gemeinsamkeit kennen!?' Reisen bildet, ich habe Peter kennengelernt und die Höhlen gesehen - und erfahren, was sie verbindet: Wasser, besser der Mangel an Wasser.



Restbestand einer abgebrannten Plantage in Swasiland

'Peter George ist ein Farmer. Oder, um genauer zu sein, er war ein Farmer. Er kaufte die Elangeni Farm im kühlen Hochland Swasilands Mitte der 1970er. Er pflanzte Gemüse gemischt mit einigen Eukalyptus- und Akazienbäumen. Er fuhr zweimal täglich auf den Bauernmarkt um seinen Kohl zu verkaufen. Er hatte einige Schafe, Hühner, zwei Kühe und einen halbblinden Hütehund. Nach einigen Jahren startete er eine kleine Fischfarm und belieferte Restaurants und Hotels in der Gegend auch mit Fisch. Als er seine Farm gekauft hat, gab es ausreichend Wasser in den Bächen, welche die Hänge neben seiner Farm herabflossen. Mitte der 80er Jahre begann die Usutu Pulp Company die Hügel mit Kiefern zu bepflanzen. George sah sich gezwungen seine Farm aufzugeben, als darauf hin die Bäche auf seinem Land kein Wasser mehr führten',

schrieb wenig später Chris, der mit mir unterwegs war und Peters Farm selbst im Gegensatz zu mir auch besucht hatte.

Die Sudwala Caves liegen gut hundert Kilometer weiter nordwestlich von Peters Farm in Südafrika. Der die Höhlen umgebene Fels besteht aus über drei Milliarden Jahre altem, präkambrischen Dolomit. Das heutige Afrika war damals noch Teil des Urkontinents Gondwana. Die Sudwala Caves selbst entstanden vor rund 240 Millionen Jahren und sind damit eines der ältesten Höhlensysteme der Welt mit einer Gesamtlänge von rund 30 Kilometern, wovon rund 2 Kilometer lange unterirdische Gänge für Besucher zugänglich sind.

Ich kenne Tropfsteinhöhlen von der Schwäbischen Alb. Die Sudwala Caves sind anders. Viel größere Hallen finden sich hier - eine wird tatsächlich als Konzerthalle genutzt - und was mir sofort aufgefallen ist: bis auf ein paar Pfützen nußtrocken. Tropfsteinhöhlen brauchen Wasser, nur so können Stalaktiten und Stalaktiten wachsen. Die Einheimischen bringen es auf den Punkt: 'Die Sudwala Caves sterben, Schuld sind die Plantagen, die im Wassereinzugsgebiet über den Caves gepflanzt wurden.'

Zwei Beispiele wie es viele weitere gibt im südlichen Afrika, in einer Region, die immer mehr Grasland in Baummonokulturen umwandelt. Trotz dieser so anschaulichen Beispiele finden die Betroffenen und die Umweltschützer bei den verursachenden Unternehmen immer noch zu wenig Gehör. Es hilft auch nicht, dass der Volksmund die Bäume der Plantagen mittlerweile schon 'thieves of water' (Wasserdiebe) nennt oder dass die in Wasserfragen sensiblen Behörden es eigentlich ähnlich sehen wie die Umweltschützer. Denn es ist so offensichtlich: alle Pflanzen funktionieren wie Wasserpumpen. Die Nährstoffe erreichen in Wasser gelöst die Blätter. Je schneller das Wachstum, je größer die Pflanzen und je ausgedehnter die Plantagenfläche, umso mehr Wasser wird verbraucht.

Die Störungen im regionalen Wasserhaushalt sind aber nur ein Übel von vielen, die diese Plantagen den Ländern bringen. Die südafrikanische Organisa-

tion Timberwatch Coalition, deren Mitarbeiter Wally Menne uns auf unserer 'Safari' begleitete, hat eine lange Mängelliste zusammengestellt, die bei fast allen der Plantagen zutreffen. Das reicht von weiteren Umweltschäden über soziale Verwerfungen und sozioökonomischen Verschiebungen bis hin zu kulturellen Auswirkungen, wie beispielsweise den Verlust traditioneller und angepasster Bewirtschaftungsweisen.

Einige weitere Details über Umweltschäden bei der Plantagenwirtschaft sollten helfen, die Küchenrolle oder das Toilettenpapier aus Frischfaser (im Gegensatz zu Material aus Recyclingfaser) mit etwas anderen Augen zu sehen: die Anwendung von Agrochemikalien vergiftet das Grundwasser, die Anlage weiterer Eukalyptus- oder Kiefermonokulturplantagen vernichtet artenreichste Graslandvegetation, mit den Bäumen werden fremdartige Pflanzen eingebracht (die man wortwörtlich am Fortlaufen und unkontrollierten Ausbreiten hindern muss) und die Plantagen verstärken die zum Ökosystem gehörenden Feuer derart, dass meist Totalschäden zu vermieden ist. Im Juli 2007 brannten mehrere 10.000 Hektar Plantagen ab - was zu Notstandsmaßnahmen führte.

Auch die Auswirkungen auf die sozioökonomische Situation sind beachtlich. In der Vergangenheit wurden häufig ganze Dörfer zwangsweise umgesiedelt, um für Plantagen den Weg frei zu räumen. Dabei verloren die Dorfbewohner oft ersatzlos ihr kommunales Gemeinschaftsland, welches sie zur Viehzucht und für den Anbau ihrer Nahrungsmittel genutzt hatten. In der Umgebung von Plantagen stellt sich Wasserknappheit ein, Wild ist seltener und die Menschen finden auch kaum mehr wildwachsende Kräuter und andere Pflanzen, die ihr Nahrungsangebot früher ergänzt haben.

Für die Region und die dort lebenden Menschen haben die Plantagen jedenfalls weder Fortschritt noch wirtschaftliche Sicherheit gebracht. Investoren verdienen anscheinend gut daran und die zivilisierte Welt bekommt ausreichend Zellstoff geliefert.

Umweltverbände fordern: Papierverbrauch reduzieren!

■ Die ökologischen und sozialen Folgen der Produktion sind nicht mehr vertretbar

Mit einem Memorandum für einen nachhaltigen Papierverbrauch rufen Umwelt- und Verbraucherschutzverbände die Bundesregierung auf, konkrete Maßnahmen einzuleiten, um den Papiereinsatz in Deutschland um 50 Prozent zu senken. Bundes- und Landesregierungen aber auch kommunale Entscheidungsträger sollen dem immer größeren Papierverbrauch konsequent entgegenwirken. Gleichzeitig sollte in allen Behörden und öffentlichen Einrichtungen die Pflicht zum Einsatz von Recyclingpapier mit dem Blauen Engel bestehen.

In ihrem Appell fordern die insgesamt zwölf Organisationen und Verbände zudem eine effektive Bekämpfung des illegalen Holz-Handels sowie einen Nationalen Aktionsplan zur umweltfreundlichen Beschaffung, in dem verbindliche Papiereinsparquoten ebenso verankert werden sollen wie eine jährliche Erfassung des Papierverbrauchs der öffentlichen Hand.

Wir verbrauchen zu viel Papier

Anlass des Appells ist der Negativ-Rekord des Papierverbrauchs in Deutschland: 253 kg verbrauchte jeder Deutsche im Jahr 2006, so viel wie noch nie zuvor! Der Verbrauch ist damit in den vergangenen 55 Jahren um das Achtfache gestiegen. Die Deutschen liegen beim Gesamtpapierverbrauch im internationalen Vergleich auf Platz vier hinter den USA, China und Japan. Weltweit verursacht der steigende Papierverbrauch eine wachsende Nachfrage nach dem Rohstoff Holz, der für die Papierherstellung benötigt wird. Hunderttausende Hektar Wald fallen alljährlich dem "Holzhunger" der Zellstoff- und Papierindustrie zum Opfer. Immer mehr Plantagen werden angelegt, um den weltweit wachsenden Papier- und Zellstoffbedarf befriedigen zu können.

Ein Umdenken bei Politik, Wirtschaft und Verbrauchern ist dringend notwendig um den hohen Verbrauch einzuschränken. Die Bundesregierung ist in besonderem Maße gefordert, ein solches Umdenken durch eine bundesweite Bildungsoffensive und Papiersparprogramme gezielt voranzutreiben.

Leider werden viele Entscheidungsträger ihrer Vorbildfunktion bezüglich des Papierverbrauchs in Deutschland nicht

gerecht. Was nützt es, wenn sich einzelne Ministerien oder Bundesbehörden sogar für eine möglichst sparsame Verwendung von Papier aussprechen, dieser Erklärung dann aber keine Taten in der Praxis folgen lassen?

Aber auch die VerbraucherInnen sind dazu angehalten zu handeln, angesichts der Folgen für Ökosysteme und Menschen in Produktionsregionen. Die einfachste Möglichkeit Primärfasern einzusparen, ist es diese durch Sekundärfasern zu ersetzen, also wo immer möglich Recyclingpapier zu verwenden. Recyclingpapiere gibt es für jeden Einsatzbereich, für Schule, Büro und zu Hause, ob zum Verpacken, zum Schreiben oder Drucken sowie für Hygienezwecke. Qualitativ stehen Recyclingpapiere Primärfaserpapieren in nichts nach.

Recyclingpapier verwenden und weniger verwenden

Primärfasern durch Sekundärfasern zu ersetzen ist ein erster Schritt, der beiträgt den Druck von den Wäldern zu nehmen. Aber noch wichtiger ist es den Verbrauch selbst zu senken. Hier ist Kreativität gefragt, denn oft hat man keine Wahl, wie bei der Werbung, die einer Zeitung mitgeliefert wird. Auf viel Papier lässt sich jedoch ganz einfach verzichten, einige Ideen sind nebenan gelistet.

Beim Thema nachhaltiger Konsum muss die öffentliche Hand als gutes Vorbild vorangehen und – neben Sparsamkeit und dem Einsatz von Recyclingpapier – der Waldzerstörung durch Raubbau mittels effektiver Gesetze einen wirksamen Riegel vorschieben.

Gerade beim "Ausschluss von Raubbau-papieren" stellen die Verbände der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus. Die Große Koalition habe sich bisher vor der politischen Verantwortung gedrückt. Statt klare Regeln aufzustellen und ein Urwaldschutzgesetz auf den Weg zu bringen, bremst die Bundesregierung solche Initiativen aus. Damit werden die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland zu unfreiwilligen Komplizen von Raubbauunternehmen.

Das 'Memorandum für einen nachhaltigen Papierverbrauch in Deutschland' ist im Internet herunter zu laden unter: www.pro-regenwald.de/memolang.pdf

Unsere Papierspar-Tipps:

Sich keine Flugblätter, Broschüren oder kostenlose Zeitschriften aufdrängen lassen.

Ein Aufkleber 'Bitte keine Werbung einwerfen' am Briefkasten befreit von unnötigen Werbe-Wurfsendungen und Gratis- 'Zeitungen'.

Think before you print! Vor dem Drucken nachdenken ob der Ausdruck wirklich nötig ist. Wenn es wirklich sein muss, dann möglichst beide Seiten bedrucken (oder auf Schmierpapier s.u.).

Lange Wege zum Drucker im Büro sparen Papier. Es muss nicht neben jedem Arbeitsplatz ein Drucker stehen. Druck- und Kopierinseln im Büro senken den Verbrauch!

Viele Informationen stehen in elektronischer Form zur Verfügung, diese können auch elektronisch archiviert werden. Das erleichtert die Suche und spart neben Papier auch noch Platz!

Weshalb sich nicht ein Zeitungs- oder Zeitschriftenabo mit Nachbarn oder Freunden teilen?

Papier hat zwei Seiten! Interne Drucke im Büro oder Drucke im privaten Bereich kann man für die meisten Zwecke auf die Rückseite von bereits einseitig verwendetem Papier drucken!

Für Notizen zu Hause oder im Büro Schmierzettel verwenden. Auch hier kann man, als Alternative zu 'Klebezetteln', auf die Rückseite von bereits bedrucktem Papier zurückgreifen.

Küchenrolle durch waschbare Alternativen ersetzen.

Einmal bestellt = Kataloge lebenslanglich? Eine kurze E-Mail oder eine Postkarte mit der Bitte um Streichung der Adresse aus der Datenbank genügt, um unerwünschte und überflüssige Katalogsendungen loszuwerden.

Vorsicht bei Onlineformularen! Niemals ein Häkchen an die Stelle setzen, wo weitere Informationen angefordert werden oder der Verwendung von Adressen zu Werbezwecken zugestimmt wird.

Forstkonzern will Naturwälder in Tasmanien abholzen

■ Pro REGENWALD protestiert gegen geplantes Zellstoffwerk

Die Planierdraupe bahnt sich ihren Weg durch einen urwüchsigen Wald in Tasmanien. Sie walzt Bäume und Sträucher nieder, pflügt tiefe Furchen in den feuchten, modrigen Waldboden. Viele Bäume werden verschont - sie sind einfach zu groß für das Kettenfahrzeug. Es sind bis zu 85 Meter hohe, Jahrhunderte alte Eukalyptusbäume. Doch ihre Größe nützt ihnen nichts. All dies geschieht nicht etwa im Kongo oder einem anderen krisengeschüttelten Tropenwaldland. Wir sind in einem der reichsten Industrieländer: in Australien.

Kurz nach dem Raupeneinsatz kommen Holzarbeiter mit extragroßen Motorsägen - und wenige Minuten später krachen die ersten Baumriesen zu Boden. Der gesamte Urwald wird kahlgeschlagen. Auf den meisten Flächen werden die Bäume entfernt und kleingehäckselt, um Zellstoff aus ihnen zu produzieren. Über anderen Flächen - Klimawandel hin oder her - lässt der Forstkonzern Gunns Ltd. auch Brandfackeln abwerfen. Tagelang brennen Stämme, Zweige und Humus, bis nur wenige Reste bleiben.

Die Forstarbeiter kommen zurück nachdem abgeräumt oder das Feuer erloschen ist. Bevor sie Plantagenbäume pflanzen, verteilen sie Karotten in der Mondlandschaft. Futter, besser 'Köder', für die hungrigen Tiere, Wombats, Opossums und Wallabies. Die Karotten hat man vorher mit einer Chemikalie getränkt. 1080 heißt das Gift, benannt nach der Bestellnummer im Katalog der Chemie-

zeug aus mit Pestiziden gespritzt. Das bedeutet das Ende der Biodiversität.

Keine Ehrfurcht vor der Schöpfung, was zählt ist der Akkord. Der Weltmarkt ist gierig nach Papier und die Zellstofffabriken laufen Tag und Nacht. Der steigende Bedarf nach Papier ist kaum zu decken, der Großteil der Produktion geht nach Japan: Eine neue Zellstofffabrik soll gebaut werden. Um sie zu füttern, will der Forstkonzern Gunns Ltd. jährlich viereinhalb Millionen Kubikmeter Holz einschlagen. Mitten im Tamar-Tal, im Urwald Tasmaniens. Tasmanien braucht das Geld. Und da die Firma nur 17 Australische Dollar (10 Euro) für die Tonne bezahlt, muss mengenmäßig entsprechend rangeklotzt werden (zum Vergleich: eine Tonne Brennholz kostet bei uns heute etwa 80 Euro). Plantagenholz kostet das Doppelte, weil die Ausbeute an Zellstoff höher ist und keine Inhaltsstoffe aus den vielen Baumarten des Urwaldes den chemischen Prozess stören.

Fast niemand denkt an Horrorbilder wie auf der nächsten Seite, wenn er mit Toilettenpapier und einem 500-Blatt-Paket DIN A4-Papier nach Hause kommt: Auch die Protestaktion, die die Aktivisten von Pro REGENWALD Mitte November durchführten, kann Ursache und Wirkung nicht drastisch genug vermitteln. Der harmlosen und kleinen Rolle Kloppapier, sieht man nicht die geopferten Riesenbäume an, und zu allem Übel findet der Kahlschlag auch noch weit entfernt auf der anderen Seite des Globus statt.

Protest in Tasmanien und Australien - und in Frankfurt

Die Straße vor dem eleganten Büro vor der Frankfurter (deutschen) Niederlassung der Australia and New Zealand Banking Group (ANZ) ist leer, das Bankpersonal freundlich. Wir protestieren gegen den Umweltschlag und fordern die Bank auf, die geplante Finanzierung der riesigen Zellstofffabrik des australischen Forstkonzerns Gunns Ltd. zu stoppen.

Um den jährlichen Holzbedarf der Fabrik zu decken, will die Holzfirma die ökologisch wertvollen Naturwälder in Tasmaniens Tamar-Tal kahlgeschlagen. Wir übergeben einen Brief, die Dame macht sogar ein Foto von uns - so können wir den Organisationen in Australien auch

noch ein Bild von der Aktion schicken.

Die Proteste waren Teil eines Internationalen Aktionstages, zu dem die australische Umweltorganisation Wilderness Society aufgerufen hatte. Neben Aktionen in der Tasmanischen Hauptstadt Hobart und dem Hauptsitz der ANZ Bank in Melbourne protestieren Umweltschützer auch in Neuseeland, Japan, Großbritannien und Deutschland gegen die geplante Waldzerstörung. Zwei Tage zuvor hatten in Tasmaniens Hauptstadt Hobart 15.000 Menschen gegen das Projekt protestiert.

Gunns ist der größte Zerstörer natürlicher Wälder in Australien und eine der größten Firmen im Bereich der Holzverarbeitung weltweit. Die Bäume werden vorzugsweise zu Hackschnitzel verarbeitet und zur Papierherstellung nach Japan verschifft. In den Sägewerken werden darüber hinaus noch Furniere hergestellt.

Das Haupteinschlagsgebiet von Gunns sind die Wälder Tasmaniens. Nach dem Kahlschlag der ursprünglichen Regenwälder werden die Flächen in Eukalyptus-Plantagen umgewandelt. Insgesamt besitzt Gunns in Tasmanien 130.000 Hektar Land, von denen ein Großteil inzwischen umgewandelt wurde.

Gunns betreibt nicht nur Kahlschlag, sondern setzt auf diesen Flächen Gift ein, um Wallabies und Opossums zu töten, die sich dort ansiedeln. Dabei nimmt das Unternehmen nicht nur die Vergiftung anderer Arten in Kauf, sondern ist aufgrund der negativen Auswirkungen des Giftes auf die Umwelt und den Wasserhaushalt der Insel Protesten der Zivilbevölkerung ausgesetzt. Darüber hinaus wurde Gunns im August 2002 angeklagt, auf anderer Leute Besitz illegal Holz eingeschlagen zu haben.

Wie ernst es Gunns mit Umweltschutz und der Befolgung von Gesetzen ist, zeigte sich bereits 1989, als ein Aufsichtsrat versuchte, einen Abgeordneten der regierenden Labor-Partei zu bestechen, um den - dem Holzeinschlag wohl gesonnenen - ehemaligen Premier Robin Gray wieder an die Macht zu bringen. Allerdings wurde der Korruptionsskandal öffentlich. Inzwischen ist Robin Gray Aufsichtsratsmitglied bei Gunns.



firma. Der Wirkstoff ist Natrium Monofluoroacetate, das den Zitronensäurezyklus unterbricht und zum sicheren Tod führt. Die Tiere sterben schnell. Die Holzplantagen werden später vom Flug-

Kein Respekt vor Artenreichtum und großem Kohlenstoffspeicher Regierung: Wald wird Baum für Baum 'blatt'gemacht

Die geplante Zellstofffabrik in dem nordtasmatischen Tamar-Tal würde jährlich 4,5 Millionen Tonnen Holz verbrauchen. 80 Prozent davon sollen in den Naturwäldern der noch gut erhaltenen Region eingeschlagen werden. Damit würden einige der ökologisch wertvollsten Wälder des Landes zerstört. Naturwälder wie die im Tamar-Tal speichern riesige Mengen Kohlenstoff und verfügen über eine hohe Biodiversität.

Die bis zu 85 Meter hohen Eukalyptusbäume der Region zählen zu den höchsten Blütenpflanzen der Erde. Die Forstfirma Gunns Ltd. will allen Ernstes Baumriesen mit Stammdurchmessern von über 5 Metern fällen und zu Hackschnitzeln zerkleinern, um daraus Zellstoff herzustellen, der wiederum der wichtigste Rohstoff für die Papierherstellung ist.

Möglich wird das durch einen Winkelzug, mit dem Australiens Regierung kurzerhand die gültigen Gesetze zugunsten der Unternehmenspläne änderte. Demokratie hin oder her: Wenn das Gesetz den Plänen einer großen Firma im Wege ist, wird es mit zweifelhaften Methoden passend gemacht. Nicht umsonst sitzen einflussreiche Politiker wie Tasmaniens Ex-Premierminister Robin Gray im Vorstand der Forstfirma. Gray hatte schon zu seiner Amtszeit versucht, den Lemonthyme Wald fällen zu lassen, der als UNESCO Weltnaturerbe geschützt ist.

Mehrere Wissenschaftler haben vor der Abholzung großer Waldgebiete auf Tasmanien gewarnt. Zahlreichen bedrohten Arten wie dem Tasmanischen Keilschwanzadler, der zum Überleben auf naturnahe Wälder angewiesen ist, droht die Ausrottung. Unter der täglichen Abwasserfracht von 64.000 Tonnen würde auch die Biologische Vielfalt in der Bass-Straße leiden, einer Meerenge zwischen Tasmanien und Australien.

Angesichts des Klimawandels und des weltweiten Artenchwundes muss die Zerstörung dieses kostbaren Naturerbes verhindert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Klima und die Biologische Vielfalt unseres Planeten dem hemungslosen Papierverbrauch geopfert werden.

Mit der Finanzierung der Zellstofffabrik würde die ANZ Bank gegen die von ihr unterzeichneten Äquator-Prinzipien verstoßen, einem internationalen Abkommen der Finanzinstitute, die eine Beteiligung oder Finanzierung von Geschäften und Projekten vermeiden soll, die soziale und ökologische Schäden verursachen.

Die ANZ (Australia and New Zealand Banking Group) mit Sitz in Melbourne ist Australiens drittgrößte Bank und wird seit Jahren wegen der Finanzierung waldzerstörender Pro-



North East Highlands, Tasmania, 2003 (c) Rob Blakers



North East Highlands, Tasmania, ähnliche Stelle wie oben 2006 (c) Rob Blakers



Aktion bei der ANZ-Filiale in Frankfurt

jekte kritisiert. Die Bank finanziert den australischen Forstkonzern Gunns Ltd. seit 1995 und hatte der Holzfirma erst im Februar 2007 einen 1,5 Mrd. Dollar Kredit (ca 820 Millionen Euro) gewährt. In der Kritik steht die ANZ auch wegen der Finanzierung des malaysischen Holzkonzerns Rimbanan Hijau, der u.a. wegen der Abholzung großer Regenwaldgebiete auf Papua Neuguinea berüchtigt und auch an illegalem Holzeinschlag beteiligt ist.

Weiterführende Information gibt es unter:

www.wilderness.org.au

www.pro-regenwald.de

Bitte denken Sie daran: jedes Blatt Papier war ein Baum

Arbofilia: Unsere Antwort sind neue Bäume

■ Wälder sind viel mehr als nur Kohlenstoffspeicher zur Gewissensberuhigung



Miguel Soto arbeitet seit 25 Jahren für die costaricanische Umweltorganisation **Arbofilia** (Baumfreunde). Er investiert seine Zeit in die Erschaffung eines ökologischen Korridors, der feuchten Regenwald von der Küste und Nebelwald in den Bergen verbinden soll.

Miguel, wie bist du dazu gekommen dein Leben dem Baumpflanzen zu widmen?

Um mein Agrarstudium zu finanzieren, arbeitete ich vor 25 Jahren mit lokalen Farmern in Teilzeit zusammen. Wir bauten Zwiebeln und andere Früchte für den örtlichen Markt an. Zur gleichen Zeit begann die Regierung in Costa Rica mit der Gründung ihrer Nationalparks, die unter totalen Schutz gestellt wurden, was jegliche wirtschaftliche Nutzung untersagte. Parallel erlebte mein Land den Höhepunkt der Vernichtung seiner Regenwälder durch Brandrodung und Holzeinschlag. Dieser starke Kontrast zwischen Umwelterstörung und Naturschutz führte mich mit Anderen zu dem Entschluss, dass wir im großen Stil beginnen sollten, unsere Wälder zu schützen, die einmal ganz Costa Rica bedeckt hatten. Seit meiner Jugend hatte ich schon im Kleinen bei Farmern Bäume gepflanzt. Mit unserer neuen Organisation Arbofilia wurde dies unsere Hauptaufgabe.

Bei der hohen Zerstörungsrate damals klingt das nach einer Menge Arbeit. Kann man Wälder überhaupt wieder herstellen?

Ja, aber man muss sich klar sein, dass es dann natürlich andere Wälder sind, als die ursprünglichen - und das selbst wenn man sich sehr viel Zeit nimmt. Zeit heilt zwar alle Wunden, aber es entsteht immer auch etwas Neues dabei. Wir unterstützen mit dem was wir über die natürlichen Zusammenhänge wissen, die Vorgänge bei der Entstehung von Wäldern. Ein Beispiel: während im natürlichen Wald eine bestimmte Baumart vielleicht durch Zufall an eine bestimmte

Stelle gelangt, wenn ein Vogel einen Samen fallen lässt, sorgen wir durch unseren Eingriff dafür, dass dies im 5. Jahr der Waldanpflanzung auch wirklich passiert. Dieser Baum zieht später über seine Früchte wiederum Tiere an, die für etwas anderes nützlich sind. Ohne unseren Eingriff würde sich dies vielleicht erst nach 25 Jahren einstellen.

Heutzutage pflanzen glücklicherweise viele Organisationen und auch schon Firmen Bäume und vermitteln, dass man sie bei dieser umweltfreundlichen Tat unterstützen kann.

Man muss beim Pflanzen von Bäumen sehr genau unterscheiden was der Zweck ist. Natürlich kann man relativ zügig und billig große Flächen mit schnell wachsenden Arten wie Gmelina Arboria füllen, wie es auf industriellen Baumpflanzungen geschieht. Diese Bäume sind aber dazu vorgesehen, nur kurzfristig billiges Holz und Gewinne für meist ausländische Investoren zu liefern, statt langfristig der Natur zu nützen. Sie sind zudem fremdländisch und haben in unserem Ökosystem eigentlich nichts zu suchen.

Ein weiteres Beispiel sind die im ganzen Land verteilten Teakplantagen. Deren Anpflanzung wurde absurderweise von unserer Regierung mehr gefördert und von ausländischen Investoren stark nachgefragt, während man für einheimische Arten keinen Zuschuss erhalten hat. Das war ein Skandal, denn die Bevölkerung hat von diesem Holzgeschäft wenig profitiert. Das hat sich etwas geändert. Heutzutage können wir für die Anpflanzung mit den einheimischen Arten auch Zuschüsse erhalten. Aber es gibt immer noch zuviele Teakplantagen, auf deren Flächen halt fast nix anderes wächst und die wie artenarme Inseln in der Landschaft liegen.

Wenn Anpflanzungen weder ökologisch noch sozial richtig nachhaltig sind, dann wäre es ja besser, es ganz sein zu lassen?

Man hat das im Lauf der Jahre auch eingesehen und es gibt jetzt auch verschiedenen zusammengesetzte Wiederaufforstungen, bei denen nicht nach einer Wachstumsphase alle Bäume geerntet werden, sondern langsam wachsende

Hölzer verschont bleiben. Was unter anderem wieder den Böden zu Gute kommt.

Ein weiterer Schritt wäre der Analogwald, wie wir ihn anstreben. Hier werden neben speziellen einheimischen Hölzern, Fruchtbäume und Pflanzen kombiniert, damit eine breiteres Produktangebot des Waldes wie Früchte, Nüsse oder **M e d i z i n - p f l a n z e n** auch der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen. Dadurch dass die gepflanzten Bäume hier dauerhaft stehen bleiben, speichern sie auch Kohlenstoff und bieten der Tierwelt langfristige Lebensräume.



Was für Ziele verfolgt Arbofilia mit dem Bäume pflanzen und wie greifen diese ineinander?

Wir wollen ursprüngliche Regenwald-ökosysteme wieder herstellen. Dazu gehört neben der Pflanzung einheimischer bedrohter Baumarten, die Wasserkreisläufe durch Schutz der Quellen wiederherzustellen und die zerstückelten Waldreste wieder zu verbinden. Nur so können sich die isolierten Tierpopulationen wieder erholen und genug Lebensraum und Nahrung finden .

Um auch den am Korridor lebend Bauern eine Einnahmequelle zu ermöglichen, vermitteln wir die Vorteile von Agroforstwirtschaft, bei der Nutzpflanzen und Bäume zusammen angepflanzt und genutzt werden. So können die Bäume dazu beitragen die sehr dünnen Böden vor den ständigen Regenfällen zu schützen.

Gibt es ein Patentrezept für die Pflanzungen oder was braucht man alles für eine erfolgreiche Wiederaufforstung?

Vor allem braucht man enorm viel Wissen über die Baumarten und deren Bedeutung für den Wald. Es geht einerseits darum die genetischen Ressourcen, die wir noch haben, zu beschützen und andererseits dieses Wissen auch den loka-

len Menschen zu vermitteln und es zu behalten. Das Pflanzen eines Waldes ist ein langfristiger Prozess, der sich über drei bis fünf oder gar zehn Jahre hinzieht. Nach dem Sammeln der Samen folgt das Züchten der Setzlinge in unseren Baumschulen. Je nach Mikroklima, Boden, Vegetationszone und Wasserversorgung pflanzen wir die passenden Baumarten. Nach und nach werden dann in dynamischer Folge weitere Arten nachgepflanzt, weil jede ihre spezialisierten Wachstumsbedingungen benötigt und viele ohne den Sonnenschutz der Pionierarten nicht überleben würden. So entsteht langsam wieder wertvoller Wald.

Nun erleben wir seit einigen Jahren den prophezeiten Klimawandel hautnah durch Wetterextreme und vermehrte Naturkatastrophen. Wie beeinflusst diese Entwicklung eure Arbeit im Korridor?

In den letzten zehn Jahren hatten wir tatsächlich mit immer heftigeren Regenfällen, Dürren oder Winden zu kämpfen. Deswegen mussten wir unsere Strategien auch verändern. Neben Analogwald pflanzen wir jetzt auch Pufferzonen mit Windbrechern und stärkeren Baumarten.

Ebenso spielt der Erosionsschutz eine größere Rolle durch die teils enormen Wassermassen. Besonders sichtbar wird die Problematik bei ungeschützten Weideflächen, die schreckliche Aufbrüche der Grasnabe und Erdbewegungen aufweisen.

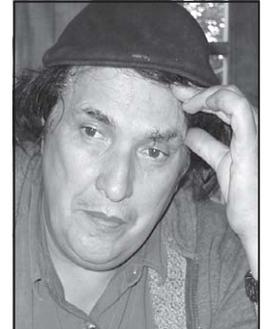
Ist Wiederaufforstung eine mögliche Antwort auf die bedrohliche Klimasituation und wie passt dies mit der enormen jährlichen Regenwaldabholzung zusammen?

Eines der Hauptprobleme für unsere Zukunft ist unbestritten die ungezügelte CO₂-Freisetzung, die wir mit unserer Lebens- und Wirtschaftsweise verursachen. Nur ein Bruchteil des globalen Kohlendioxidvorrats liegt in den Wäldern und deren Speicherkapazität wird durch die fortschreitende Abholzung Tag für Tag verringert. Wir verbrennen nicht nur die Wälder dieses Planeten, sondern auch die urzeitlich in Form von Erdöl und Erdgas eingelagerte Biomasse. All diese Gase gelangen in unsere Atmosphäre, die jetzt schon an ihre Aufnahmegrenzen stößt.

Wenn man es genau nimmt, dann gleicht

die Aufforstung die CO₂-Schuld aus, die bei der früheren Vernichtung dieser ehemaligen Wälder entstanden ist. Alle Aufforstung sollte man zuerst damit aufrechnen und nicht willkürlich mit dem CO₂, welches heutzutage beim Autofahren freigesetzt wird. Damit soll doch nur das Gewissen von Autofahrern beruhigt werden.

Wiederaufforstung hat vor diesem Hintergrund eine Menge Vorteile. Wir erreichen neben CO₂-Speicherung auch noch die anderen positiven Ziele, die ich eben beschrieben habe. Unser "grünes Königreich" sollte deshalb langfristig wiederhergestellt werden. Doch dies allein wird niemals ausreichen, den Klimawandel zu stoppen. Wir müssen ebenso unseren Energiekonsum drastisch einschränken. Dazu müssen wir allerdings unser aller Bewusstsein verändern und meine Hoffnung besteht in einer stärkeren Aufklärung dahingehend. Denn wir können entscheiden, ob wir der Traum oder Albtraum dieser Erde sein wollen.



Ein Jahr zwischen Aufbruch und Gleichgültigkeit

■ Trotz vieler Lippenbekenntnisse immer noch zu wenig konkrete Maßnahmen

Auf den ersten Rückblick scheint das Jahr 2007 eigentlich ganz erfreulich: Es gibt einen Bewusstseinswandel oder besser 'Präsenzschub', denn der Klimawandel ist in der Öffentlichkeit angekommen. Kein Thema dürfte in den Medien häufiger berichtet, von Wissenschaftlern mehr diskutiert, von einigen Promis (Gore) vehementer vorgetragen und von Umweltschützern dramatischer ausgemalt worden sein. In den Köpfen der Menschen in Deutschland angekommen ist der Wandel aber trotzdem noch nicht. Oder haben Sie persönlich schon Klimaschutzmaßnahmen ergriffen, die in ihrem 'Tagesgeschäft' gut 20 Prozent CO₂-Ausstoß vermeiden helfen? Warum sollte der Nachbar etwas gemacht haben oder der Nachbar vom ..?

Nicht nur, dass unser Denken und Handeln sich NOCH NICHT auf drastisch verändertes Wirtschaften eingestellt hat, viel schlimmer ist, dass ein Großteil der Antworten, die aus Politik und Wirtschaft kommen, sogar noch in die falsche Richtung weisen. Diese sind kurz zusammengefasst: Wir wollen erstens unser Wirtschaftssystem und die Lebensweise möglichst nicht in Frage stellen bzw. fundamental ändern und wir versuchen zweitens die größten Übeltä-

ter (Erdöl, Kohle) durch eine 'grünere' Alternative zu ersetzen - womit wir bei der Bioenergie oder konkreter bei den Agrotreibstoffen angekommen sind.

Ein Blick in den Kalender genügt: uns hat das neue Thema ganz schön beschäftigt. Plötzlich wollte alle Welt grün werden - und wenn man die Wirtschaftsmacht erst mal machen lässt, dann ist grün nicht mehr das, wofür es früher einmal stand. Palmöl-Plantagen oder Zuckerrohrfelder sind ab einer bestimmten Größe beim besten Willen nicht mehr naturverträglich - und um sie so richtig rentabel im industriellen Maßstab betreiben zu können, sollten sie auch richtig groß sein und außer Ölpalmen oder Zuckerrohr kaum anderen Pflanzen Raum lassen.

Bildungs- und Lobbyarbeit war nötig, wie schon lange nicht mehr gehabt. Umweltverbände arbeiten mit kleineren Etats als die Industrien, die mit viel Geld Biotreibstoffe als grüne Alternative vermarkten. Was für eine Aufgabe, zu erklären, dass der vermeintlich grüne Boom Ökosysteme zerstört und - wenn man halbwegs nachrechnet - nicht einmal das Klima schützt. Da blieb immer weniger Zeit für die andere Arbeit.

Der Rückblick im Detail beginnt mit einer Zusammenschau der Mail-Aktionen, bei denen uns wieder tausende AktivistInnen geholfen haben, die Inhalte vielfach an die Entscheider zu kommunizieren. 'Wir alle sind informiert und interessieren uns für den jeweiligen Sachverhalt und wollen nur verhindern, dass etwas im Verborgenen hingemuschelt wird' - das ist in jedem der Fälle die wichtigste Aussage.

Nichts überstürzen - Keine Bioenergie für Europa auf Kosten von Regenwald (08.01.07) Die EU-Kommission sollte am 10. Januar über den Biomasse-Aktionsplan entscheiden. Umweltschützer aus Nord und Süd raten der EU, sich für die Meinungsbildung und Folgenabschätzung der zu beschließenden Maßnahmen mehr Zeit zu lassen. Manche fordern auch ein Moratorium.

Landrückgabe an die Tupinikim und Guarani Indianer (25.08.07) - Mit der Aktion soll der brasilianische Justizminister Tarso Genro in seiner Arbeit bestärkt werden. Es geht um Landrecht im Fall Aracruz gegen Ureinwohner und die Abstellung gewaltsamer Konflikte im Zusammenhang damit. RIESEN-ERFOLG: Landrecht gesichert!

Peru Nationalpark Erweiterung für Erdöl (04.10.07) - Nach Plänen der peruanischen Regierung sollte der Bahuaja

Sonene Nationalpark um 200.000 Hektar verkleinert werden um dann ein neues Erdöl/Gas-Feld erschließen zu können. Erfolg zu vermelden: Weltweiter Widerstand verhindert vorläufig diese Pläne.

Tempolimit statt Palmöl (17.11.07) - Es reicht. Tempolimit statt Palmöl! Der Weltklimarat hat mit einem Abschlussdokument der Konferenz in Valencia einen eindringlichen Warnruf an die Welt geschickt. „Es gilt keine Zeit mehr zu verschwenden. Die Forscher haben klar und mit einer Stimme gesprochen“, sagte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Ein Tempolimit ist eine geeignete Klimaschutzmaßnahme und es hilft Regenwald retten. Ergebnis: Bis zum Jahresende keine Entscheidung, eher Aussagen, dass die Regierung nicht daran denke, diese Klimaschutzmaßnahme zu ergreifen (siehe Seite 11).

Brasilianischer Bischof im Hungerstreik gegen Flußzerstörung (17.12.07) - Der Bischof der brasilianischen Diözese Barra (Bahia), Dom Luiz Flávio Cappio, ist am 27.11.2007 als Zeichen des Protestes gegen die Zerstörung des Rio São Francisco und das Flussableitungsprojekt in Hungerstreik getreten. Er will seinen Hungerstreik erst dann beenden, wenn das Projekt der Flussableitung endgültig gestoppt wird.

Ergebnis: Hungerstreik wurde aus Gesundheitsgründen nach einigen Wochen abgebrochen - das Projekt ist aber weiter unter heftigem Protest.

Illegal Logging Update and Stakeholder Consultation, London (Januar) - 2-tägiges Treffen mit Infoaustausch und Networking zum Thema illegaler Holzhandel, sowie einer Besprechung im kleineren Aktivistenkreis. Besonders wichtig waren die Präsentation über den aktuellen Stand der Verhandlungen zum 'EU FLEGT Action Plan' und die Diskussion über die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit für zusätzliche Maßnahmen, die das künftige EU-Paket ergänzen sollten. Sehr spannend war auch die Auseinandersetzung der malaysischen Delegierten mit NGO-VertreterInnen aus Malaysia. Die NGO kritisieren das offizielle Programm als Greenwash und wirkungslos bzgl des Ziels, Raubbau im Land abzustellen. Die NGO-VertreterInnen reisten von London aus auch nach München, um ihre Position auch bei uns im Büro vorzustellen (siehe Seite 23)

Service für VerbraucherInnen verbessert: Raubbau-Status und Transparenz im Holzhandel wird künftig online dokumentiert. (Februar) - Auf der Website www.raubbau.info stellt Pro REGENWALD dar, wie nach vorliegenden Informationen und Expertenein-

schätzung holzhandelnde und holzverarbeitende Betriebe mit der Raubbau-problematik umgehen und Kundenanfragen beantworten. Die Bandbreite der Bewertung reicht von 'nachgewiesen an Raubbau beteiligt' bis zu 'setzt sich vorbildlich gegen Raubbau und für nachhaltige Waldbewirtschaftung ein'. Die Informationen werden ständig überarbeitet und das Raubbau-Team bittet um Weiterleitung von Erfahrungsberichten von KonsumentInnen beim Einkauf von Holzprodukten.

Geldwäsche und illegale Holzgeschäfte (März) - Teilnahme an einem Workshop in Frankfurt. Der Handel mit Holzprodukten, die illegal (u.a. weil gestohlen, entgegen Umweltgesetzen gefällt oder keine Steuern bezahlt) auf den Markt gelangt sind, ist in Deutschland legal, weil der Handel mit illegal geschlagenem Holz in den Ländern der Europäischen Union nicht strafbar ist. Einzige Handhabe zur Zeit wäre eine Strafverfolgung nach dem Geldwäschegesetz. Doch dieser Weg, so die Ergebnisse des Workshops knapp zusammengefasst, ist so kompliziert, dass es in Deutschland noch nicht zu einer einzigen Verurteilung auf dieser Basis gekommen ist. Gesetzesvorlagen, die speziell den Handel mit illegal geschlagenem Holz unter Strafe stellen könnten, scheiterten in der Vergangenheit sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene unter anderem am Widerstand der Holzlobby.

Strom umstellen und Baumpflanzung fördern - Vom 25. 03. bis 8.04. hieß es bei Pro REGENWALD „top – die Wette gilt!“. Mit den Schwarzwälder Stromrebell, den Elektrizitätswerken Schönau (EWS), wetteten wir, dass wir es schaffen, innerhalb von zwei Wochen mindestens 40 Menschen überzeugt zu bekommen, auf Ökostrom umzusteigen. Dank Stromwechselfest und dem unermüdlichen Einsatz unserer Praktikantin Uli haben wir es geschafft und haben dafür von den EWS eine schöne Spende zur Unterstützung des Baumpflanzprojektes von Arbofilia in Costa Rica erhalten.

Mehr Recyclingpapier in Schulen - Pro REGENWALD engagierte sich auch noch in der Initiative 2000plus in Bayern, um zu einer Entlastung im Papierverbrauch beizutragen und den Einsatz von Recyclingpapier zu fördern. Vier- oder gar fünfmal treffen sich

VertreterInnen aus Verbänden und kommunalen Stellen bei Pro REGENWALD um Neuigkeiten auszutauschen und Strategien für das weitere Vorgehen zu besprechen. Simone Hörner von Pro REGENWALD ist auch die Brücke zur bundesweiten Koordination der Kampagne und investiert ein gutes Stück ihres ehrenamtlichen Engagements dafür.

Agro-Energie aus dem Radio - Biosprit-Boom auf der einen Seite, abbrennende Regenwälder und Smogalarm auf der anderen. Und das alles soll mit dem Klimawandel zu tun haben, wobei niemand mehr genau weiß, was Grund der Krisenstimmung ist und was sie dann abstellen könnte. Viele VerbraucherInnen (er-)kennen die Zusammenhänge nicht (mehr). Das ist für uns wichtiger Anlaß eine Stunde Radio lang das Thema aufzubereiten und Fakten, Hintergründe und Argumente zu übermitteln. Pro REGENWALD ist jeden zweiten Monat mit einer selbstproduzierten Sendung im Ökomagazin Rainbow des Münchner Bürgerradios 'Lora 92,4' zu hören. Die Sendung werden meist von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und PraktikantInnen zusammengestellt.

Wegweiser zum „richtigen“ Schulheft (7.09.2007) - Da die umweltfreundlichen Schulhefte aus Recyclingpapier immer schwieriger zu finden sind, bietet Pro REGENWALD einen neuen Service: auf der Webseite www.heftefinder.de können VerbraucherInnen herausfinden, wo sie Schulmaterial aus Recyclingpapier kaufen können. Grundrisse der Geschäfte weisen den Weg zum richtigen Heft. Die Suchhilfe war nötig geworden, nachdem es für Schulanfänger immer schwieriger geworden ist, die umweltfreundlicheren Recyclinghefte zu finden. Sie sind fast vollständig aus den Regalen verdrängt und wenn sie dann doch angeboten werden, liegen sie versteckt in den hinteren Regalen.

Plantagen-Safari in Südafrika (Oktober/November) - Im Anschluss an einen Workshop des World Rainforest Movements-Netzwerks in Johannesburg, geht mit Hermann Edelmann auch ein Pro REGENWALD-Mitarbeiter mit auf Spurensuche: Welche Auswirkungen haben 'Zellstoff'plantagen in Südafrika und Swasiland auf Mensch und Umwelt? Erstaunliche erste Erkenntnis war, dass Bäume in manchen Ökosystemen (wie Grasland) auch einmal nichts zu su-

chen haben - und falls doch, dann keinesfalls in Form von Plantagen mit fremdländischen Bäumen. Die zweite Erkenntnis geht uns alle an: Wer Zellstoffprodukte nutzen will, sollte immer wissen unter welchen Umständen das Produkt entstanden ist - und dann entscheiden, ob man den Schaden bewusst in Kauf nehmen will (siehe Seite 16 und 24).

Aktionstag Tasmanien (November) - Vom anderen Ende der Welt erhielten wir im November einen Hilferuf: die australische ANZ-Bank war im Begriff die Waldzerstörung im Norden Tasmaniens zu finanzieren. Die australische Organisation „Wilderness Society“ rief zum weltweiten Aktionstag auf. Australien/Tasmanien ist zwar weit weg - aber die Finanzgeschäfte werden heutzutage globalisiert gemacht: es gibt eine Filiale der Bank in Frankfurt. Gemeinsam mit einem Vertreter des WRM (World Rainforest Movement) demonstrierte ein Pro REGENWALD-Vertreter spontan und übergab einen Protestbrief. Ergebnis des vielen weltweiten Aktionen: die Bank entschied sich gegen die Finanzierung

Memorandum - Papierverbrauch weiter senken (Oktober) - Mit dem in Berlin vorgestellten Memorandum für einen nachhaltigen Papierkonsum rufen Umwelt- und Verbraucherschutzverbände die Bundesregierung auf, konkrete Maßnahmen einzuleiten, um den Papierverbrauch in Deutschland um 50 Prozent zu senken. Pro REGENWALD gehört mit zu den Erstunterzeichnern, da es ein zukunftsweisendes Statement ist, worauf wir uns künftig berufen werden.

Regenwald auf

der Straße

- Direkt mit Leuten sprechen, über unsere Themen, die Zerstörung und Lösungsansätze informieren, neue AktivistInnen und MitmacherInnen finden, Unterschriften sammeln oder auch eine Tombola zur Unterstützung unserer Projekte durchführen - dies alles klappt am Besten am Infostand. Pro REGENWALD war in diesem Jahr wieder auf dem Streetlife Festival (im Rahmen des europaweiten autofreien Tages in München), auf dem bekannten Münchner Tollwood-Festival und an vielen anderen Plätzen präsent.



Buchbesprechungen

Augen auf und nachfragen!

Ist uns klar, wo Produkte unseres alltäglichen Bedarfs produziert werden und was Produktion und Handel anrichten können? Tanja Busse spürt der Herkunft von Kleidung, Teppichen, Kaffee, Pflastersteinen und Handys nach, berichtet von der industriellen Massentierhaltung in Deutschland, Gammelfleisch, dem Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln und wie wir mit Agrarsubventionen Menschen in Afrika in Armut stürzen.

Sie belässt es aber nicht bei der Klage über die Zustände, sondern zeigt anhand von Beispielen, welchen Einfluss Konsumenten haben und wie die Bedingungen durch bewusstes Einkaufen verändert werden können.

Tanja Busse: **Die Einkaufsrevolution**. Konsumenten entdecken ihre Macht; Karl Blessing Verlag



Reisen bildet

Zusammen mit Érik Orsenna reisen wir durch Mali, die USA, Brasilien, Ägypten, Usbekistan und China der Baumwolle hinterher. Am Ende der Reise sind wir klüger, aber auch ernüchtert. In Mali sind die Bauern bedroht, weil sie mit ihrem qualitativ hochwertigen Produkt gegen die staatlich subventionierten Farmer der USA auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. In Brasilien werden die Anbauflächen auf Kosten des Regenwaldes massiv ausgeweitet, um zukunftsfähig zu bleiben. In den Laboren von Monsanto wird die Baumwolle der Zukunft entwickelt. In Usbekistan werden die Bürger zur Ernte zwangsverpflichtet und der einstmalig gigantische Aralsee verkommt zur Pfütze, weil das Wasser zur Bewässerung benötigt wird. Wir besuchen das größte Baumwollmuseum der Welt sowie die Welthauptstadt der Socke und haben letztlich eine Ahnung, warum wir T-Shirts für 3 Euro kaufen können.

Érik Orsenna: **Weisse Plantagen**. Eine Reise durch unsere globalisierte Welt; Verlag C.H.Beck

Impressum

DER *News-Letter* WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edelmann, Martin Glöckle, Simone Hörner, Frank Schmidt, u.a.

Fotos: H. Edelmann, J. Westerink
Kritik, Anregungen und Rückfragen bitte an:

Pro REGENWALD

Frohschammerstr. 14, 80807 München
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622
e-mail: info@pro-regenwald.de
www.pro-regenwald.org
www.raubbau.info, www.diewaldseite.de

Postbank München

Konto-Nr. 1490 70 800, BLZ 70010080

Bank für Sozialwirtschaft München
Konto-Nr. 8819 500, BLZ 700 205 00

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende oder Fördermitgliedschaft

Blicke ins Büro

Von wegen desinteressiert, bequem und keinen Bock auf gar nix: ganz offensichtlich machen sich immer mehr junge Menschen Gedanken darüber, wo einmal ihr Platz sein könnte, was ihnen arbeits- und interessenmäßig taugt und wo bzw. wie sie sich nützlich machen können. Wenn sie dabei dann bei Pro REGENWALD landen, sind großer Erkenntnisgewinn und abwechslungsreiche Herausforderungen garantiert.

Ninas (23) eigentliches Ziel ist es als Fotografin zu arbeiten. Da sie aber keine Lust mehr hatte, den Ungerechtigkeiten auf der Welt tatenlos zuzusehen, hat sie sich zu einem Abstecher zu uns entschlossen. Während ihres Praktikums feilte sie an der Aussendarstellung und Bewerbung der Baumpflanzworkshops unserer Partnerorganisation Arbofilia in Costa Rica.



Alexander (27) siedelte von Münster nach München um, um uns elf Wochen im Frühling 2007 als Praktikant im Rahmen seines Studiums der Politikwissenschaften zu unterstützen. Bevor er sich richtig in die Problematik des illegalen Holzhandels eingearbeitet hatte



um in der Kampagne mitzuarbeiten, musste er als Ansprechpartner für InteressentInnen am Baumpflanzprojekt einspringen. In diesem Zusammenhang organisierte er unseren Beitrag zum Regenwaldfestival Aschaffenburg (www.regenwaldfestival.de), die den Gewinn der diesjährigen Veranstaltung für das Baumpflanzprojekt von Arbofilia spendeten. Ganz nebenzu unterstützte er dann auch noch das Akquiseteam der Waldseite.

Neun Wochen war **Markus** (24) aus dem oberbayerischen Hilgertshausen Praktikant bei uns und hat schwerpunktmäßig bei der



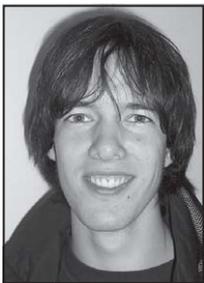
Raubbaukampagne mitgearbeitet. Er telefonierte mit unendlich vielen Schreibern und Holzhändlern um die Firmendatenbank auf www.raubbau.info mit Details zu füllen und hat dabei oft am eigenen Leib erfahren dürfen, wie rau das Geschäft und der Ton in dieser Branche ist.



Manuel (21) aus Augsburg hat nach dem Abitur fast eine ganze Weltreise gemacht, bevor ihn sein Weg zu uns führte: erst ein Freiwilliges Soziales Jahr in Nicaragua absolviert und danach noch durch Peru und Argentinien ge-

reist. Zurück in der Heimat wollte er wissen, wie man Regenwald von Deutschland aus schützen kann und dafür schien ein Praktikum bei uns das Richtige zu sein - bevor er in Münster mit dem Studium der Betriebswirtschaft beginnt. Bei Pro REGENWALD arbeitete er in der Raubbaukampagne mit und recherchierte über Fördermöglichkeiten für Projekte in Costa Rica.

Frank (22) studiert Sozialwissenschaften in Mannheim und war im August und



September als Praktikant bei uns. Neben der Erforschung der Münchner Musikszene kümmerte er sich um die Partner der Internetplattform www.dieWaldseite.de. Seine Kenntnisse in der Sozialforschung

kamen uns sehr bei der Auswertung einer Befragung von HolzkäuferInnen zu Gute und kein anderer unserer Praktikanten hat in kürzerer Zeit („äh, die Radiosendung ist ja schon eine Woche früher“) so wunderschöne Beiträge für unsere Sendungen im Münchner Bürger-radio Lora erstellt.

Der Politikwissenschaftler **Martin** (27), der nach seinem Abschluss noch den postgradualen Studiengang „Nachhaltige



Entwicklungszusammenarbeit“ angehängt hat, ist seit Mitte August bei uns und bringt seine theoretischen Kenntnisse bestens in unsere Raubbaukampagne ein ("du glaubst es nicht, das sind ja doch alles Verbrecher"). Daneben hat er sich unserer lange vernachlässigten Bibliothek angenommen und organisiert den Bestand in der neuen Literaturdatenbank.

Die Engagiertesten sind nur schwer zu bremsen - und manchmal muss man sie sich teilen: **Andreas** (26) musste sein Praktikum bei uns 3 Wochen unterbrechen, um auf der Wiesn (Oktoberfest für die Nichtmünchner) zu arbeiten, dass er sich die unbezahlte Praktikantenzeit bei uns auch leisten konnte. Wieder bei uns recherchiert er vor allem zum Thema Agroenergie, was gut zu seinem Landwirtschaftsstudium an der FH



Weihenstephan in Freising bei München passt. Daneben arbeitete er in der Radiarbeitsgruppe mit und konnte einige neue Partner für eine Unterstützung der Projekte auf www.diewaldseite.de gewinnen.

Der September ist für uns alle immer ein spannender Monat: zwei junge Menschen starten bei uns ihr FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) und wir müssen es ein Jahr lang miteinander aushalten, sie müssen schnell viel Neues lernen und sollen dabei auch noch unserem Anspruch gerecht werden, effizient zu arbeiten. Gelegentlich stellt sich dann schon nach drei Wochen heraus, dass es trotz Schnupperarbeitstag doch nicht geht ("ähm, ich glaub', ich kann das mit der Büroarbeit doch nicht ein ganzes Jahr lang machen ...").

Leo Graf (19) wollte es sich geben mit dem Umweltschutz und so einer Organisation. Er kommt aus Wasserburg (also ist

waschechter Bayer) und ist das was man einen Checker nennen würde. Dass er in einem Jugendclub mitorganisiert und in der Heimat erste politische Gehversuche gemacht hat, wird ihn auch nicht retten: bei uns ist er gelegentlich der urige Baum, einer der wenigen, die man in der Münchner Innenstadt herumgehen sieht.

Bei Stefanie Eisold (**Steffi**, 18) waren wir uns nach Monaten bei uns noch nicht ganz einig, ob sie nach München gekommen ist, um die Vorzüge des Stadtlebens kennenzulernen oder eher um sich zu bestätigen, dass es im heimischen Dorf nahe Leipzig doch alles besser ist. Und weil ihr das Umweltengagement bei Pro REGENWALD noch nicht den Rest geben konnte, hat sie sich auch noch auserdienstliche Umweltverpflichtungen aufgeladen. Frauen sind ja multitaskingfähig - sie ist zudem wild entschlossen, für einige Wochen nach Costa Rica zu gehen.



Besuch aus dem Ausland

Auf Durchreise für eineinhalb Tage zu Besuch bei Pro REGENWALD: **Shamila Ariffin** von Sahabat Alam Malaysia (SAM oder Friends of the Earth) und **Meng Chuo** ein langjähriger Weggenosse aus Sibü, Sarawak.



Grund ihrer Europareise ist die Diskussion um Maßnahmen gegen den illegalen Holzhandel. Malaysia ist eines von 5 sogenannten VPA-Ländern, mit denen die EU Verhandlungen über Maßnahmen führt - die viele NGOs in Malaysia überhaupt nicht zielführend und wirksam einschätzen. In ihrem Vortrag stellte Shamila die Kritikpunkte der Zivilgesellschaft im Detail vor.

Meng Chuo berichtete über das nicht-staatliche 'medical doctors'-Projekt, mit dem die (nomadischen) Penan versorgt werden. Grund für diese Initiative: die staatlichen Programme erreichen die Ureinwohnern nicht in ihren Siedlungen.



Anfang November ging die Nachricht um die Welt, dass der Chef der amerikanischen Bank und Investmentgesellschaft Merrill Lynch & Co gehen musste, nachdem das Unternehmen einen Verlust von mehreren Milliarden gemacht hatte. Anstelle gefeuert zu werden, wie auch andere Verantwortliche, die Mist machen, erhielt O'Neal den goldensten Handschlag der Finanzgeschichte.

Wir fürchten dass für solche 'Geschäfte' noch mehr Wald geplündert und Umwelt zerstört werden muss.



Offener Brief an Stan O'Neal, Ex-Chef von Merrill Lynch & Co., Inc

Sehr geehrter Herr O'Neal,

einen stärkeren Kontrast konnte ich mir kaum vorstellen, als mich auf der Straße aus irgendeinem laufenden Fernseher oder einigen Gesprächsfetzen die Nachricht erreichte: in den USA hat ein Banker seinen Chefposten aufgegeben und sein Abschiedspaket soll rund 200 Millionen US Dollar betragen haben! Swasiland, in dem ich gerade in einer kleinen Reisegruppe von Umweltschützern und Menschenrechtlern unterwegs war, steht am anderen Ende der Reichtumsskala, sprich auf der Armutseite. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Swasiland leben von weniger als einem Dollar pro Tag. Ungefähr ein Drittel der Menschen ist auf Nahrungsmittelhilfe fürs tägliche Überleben angewiesen. Und trotz diverser Entwicklungsprojekte zur Wirtschaftsförderung soll es den Leuten schlechter gehen und die Umwelt stärker beeinträchtigt sein, als vor 50 Jahren. Ich glaube nicht an Zufälle.

Anlass unserer Reise waren die Auswirkungen der extrem umweltzerstörenden und bei den Menschen wenig beliebten Plantagenwirtschaft in dem Land und insbesondere die Folgen einer mehrtägigen Brandkatastrophe Ende Juli, der 80 Prozent der Plantagen, hunderte Häuser und auch Menschen zum Opfer gefallen waren. Die Plantagen gehören den südafrikanischen Unternehmen Mondi und Sappi. Sie produzieren Zellstoff, der zum größten Teil an südostasiatische Abnehmer verkauft wird. Bei der Anlage der Plantagen verloren Bauernfamilien Grundstücke und teilweise auch ihre Häuser, die Anbaufläche konkurriert um Platz für Nahrungsmittel und die fremdländischen Bäume (Pinus und Eukalyptus) fördern durch hohen Wasserverbrauch die Austrocknung in den betroffenen Regionen.

Die Menschen akzeptieren nicht, dass ihre ohnehin schon knappen Möglichkeiten zur Nahrungsmittelproduktion für den Export-Zellstoff noch knapper gemacht werden. Viele Feuer werden vorsätzlich gelegt. Während die Vertreter der lokalen Organisationen uns die Situation beschreiben, über die Regierung und die südafrikanischen Unternehmen schimpfen und uns bitten, mitzuhelfen, den Wahnsinn abzustellen, taucht bei mir plötzlich die Frage auf: Könnte es sein, dass Merrill Lynch solche Plantagen oder die den Rohstoff verarbeitenden Pulp Mills finanziert? Wollte die Bank nicht vor einigen Jahren in ein höchst umstrittenes Pulp Mill-Projekt in Südostasien einsteigen, glaubte ich mich zu erinnern?

Ich habe weder die Zeit noch die Vorkenntnisse, die man bräuchte um herauszufinden, ob Merrill Lynch nun tatsächlich im Papiersektor investiert hat, daraus Rendite erwirtschaften will und somit für die ökologischen und sozialen Verwerfungen mitverantwortlich ist, wie ich sie aktuell in Swasiland und Südafrika oder bei früheren Reisen auch in Indonesien gesehen habe. Selbst ohne direkten Beweis: Ist der dringende Verdacht ganz von der Hand zu weisen, die Verarmung der Menschen und die Zerstörung vieler Rohstoffproduktionsregionen weltweit schaffen erst die wirtschaftliche Basis, die in den USA hohe Managementgehälter oder eben Abfindungen von 160 Millionen Dollar ermöglichen?

Höchstwahrscheinlich werden Sie abwiegeln, sagen, Merrill Lynch's Hauptgeschäft hätte wenig mit Rohstoffen zu tun und die Gewinne kämen größtenteils aus Immobiliengeschäften in den USA und dem Handel mit diversen Finanzprodukten ohne jeden Bezug zur realen Welt. Werden sich zurückziehen in den Elfenbeinturm, den sich Banken und Investmentgesellschaften in den letzten 20 Jahren erbaut haben, um immer größere Finanzströme immer schneller zu bewegen.

Nur wenige Stunden Recherche und Lektüre machen mich staunen und wütend: Rund 80 Prozent aller Finanzströme weltweit haben mit der Realwirtschaft nichts zu tun. Wie in einem Durchlauferhitzer werden virtuelle Geldströme zur Mehrung des Kapitals hin und hergeschoben allein darauf hoffend, die Gier werde den Wert dieser Luftabschlüsse immer weiter steigen lassen. Wie in einem Rausch bestätigen sich die Beteiligten gegenseitig, ermuntern sich zu noch größeren Abschlüssen, schieben sich gegenseitig die immer höheren Gehälter und Boni zu. Krankhaft! Stellt niemand die Frage, dass auch bei Luftgeschäften irgendwann einmal jemand den realen Gegenwert einfordern könnte, daß man für eine Immobilie den Gegenwert der darauf lastenden Hypothek erlösen können muss?

Dabei fangen die Probleme ja schon vorher an: wer die Maximierung der Rendite zu seinem wichtigsten Anliegen macht, der zerstört Umwelt, vertreibt Menschen, siedelt Dörfer um, feuert Arbeitnehmer, drangsaliert Produktions- und Verwaltungseinheiten, zerlegt ohne Skrupel gewachsene Unternehmen und korrumpiert die Politik - kurz: trimmt die gesamten Produktions- und Sozialsysteme weltweit dem Ziel der Renditesteigerung zu dienen.

Wenn es nur das wäre, hätte ich Ihnen diesen Brief nicht geschrieben. Es ist natürlich mehr: Das von Ihnen und Ihresgleichen perfektionierte System, welches Sie in schwindelerregende Einkommensdimensionen katapultiert hat, bedroht in seinem grenzenlosen Wachstumswahn die Überlebensfähigkeit der Ökosphäre. Die Millionen ihrer Abfindung saugen das Wirtschaftssystem aus den absterbenden Wäldern, den leergefischten Meeren, den ausgelaugten Böden - und nicht zuletzt den Menschen in deren Lebensraum Rohstoffe (anstelle Nahrungsmitteln) produziert werden, mit denen Unternehmen in den USA und anderswo für Ihre Bank Rendite erwirtschaften. Sie sind diesen Weg sehr lange gegangen, haben ihn gestaltet - sowie mit Ihrem Abgang die Absurdität dokumentiert und in der Übertreibung das Ende eines nicht nachhaltigen und überholten Systems geprägt. Was liegt näher, als sich nun für die Reparatur der Schäden zu verwenden?

Wir fordern von Ihnen die Rückführung Ihrer Abfindungsbezüge und Boni zum Zweck der Wiedergutmachung an Natur und betroffenen Menschen.

Mit freundlichen Grüßen, Pro REGENWALD, Hermann Edelmann